



KANTON AARGAU

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Eidgenössisches Institut
für Geistiges Eigentum
Stauffacherstrasse 65/59g
3003 Bern

4. März 2020

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Januar 2020 haben Sie uns zur Vernehmlassung des obengenannten Geschäfts eingeladen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und machen gerne davon Gebrauch.

Mit der vorgeschlagenen Erlassänderung sollen Kleinsendungen, die im Verdacht stehen, Rechte des geistigen Eigentums zu verletzen, einfacher vernichtet werden können. Eine Mitteilung an die Rechteinhaber ergeht nur noch, wenn der Besteller sich einer Vernichtung widersetzt, sofern der Antrag auf ein vereinfachtes Verfahren gestellt worden ist. Damit soll eine Verminderung des Administrativaufwands sowohl für die Eidgenössische Zollverwaltung als auch für die Rechteinhaber erreicht werden.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau begrüsst diese Revision und stimmt der Einführung eines vereinfachten Verfahrens für die Vernichtung von Waren in Kleinsendungen ohne weitere Bemerkungen zu.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Markus Dieth
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Kopie

- rechtsetzung@ipi.ch



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

Dr. iur. Roger Nobs
Ratschreiber
Tel. +41 71 353 63 51
roger.nobs@ar.ch

Herisau, 6. März 2020

Eidg. Vernehmlassung; Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Januar 2020 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) eingeladen, zur Vorlage einer Änderung der Erlasse des Immaterialgüterrechts (Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen) bis zum 30. April 2020 Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Entwurf für die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen umfasst Änderungen der folgenden Erlasse:

- Urheberrechtsgesetz (SR 231.1)
- Topographiegesetz (SR 231.2)
- Markenschutzgesetz (SR 232.1)
- Designgesetz (SR 232.12)
- Patengesetz (SR 232.14)
- Wappenschutzgesetz (SR 232.21)

Im Wesentlichen geht es darum, mit der Vorlage ein vereinfachtes Verfahren zur Vernichtung von Kleinsendungen einzuführen, die im Verdacht stehen, Rechte des geistigen Eigentums zu verletzen. Solche Kleinsendungen mit drei oder weniger Gegenständen machen heute – gemäss Ausführungen im erläuternden Bericht – über 90 % der von der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) aufgegriffenen Waren aus. Der Kernpunkt der Vereinfachung besteht darin, dass neu eine Mitteilung der EZV an den Antragsteller nur noch dann erfolgen soll, wenn feststeht, dass sich der Besteller der Ware einer Vernichtung widersetzt. Das ist heute – gemäss Ausführungen im erläuternden Bericht – in weniger als 5 % der Feststellungen der Fall.



Widersetzt sich der Besteller der Vernichtung nicht ausdrücklich oder lässt er sich innert Frist nicht vernehmen, so wird die Ware von der zuständigen Behörde ohne weiteren Schriftverkehr vernichtet. Eine Information des Antragstellers über Menge und Art der im vereinfachten Verfahren vernichteten Waren erfolgt erst im Nachhinein in periodischen Sammelmitteilungen. Dadurch wird der Administrativaufwand für die zuständige Behörde deutlich verringert.

Der Regierungsrat erachtet die vorgeschlagene Vereinfachung des Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen als zweckmässig und die Überlegungen dazu als nachvollziehbar und stimmt der Vorlage zu.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

per E-Mail an
rechtsetzung@ipi.ch

Appenzell, 6. Februar 2020

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Januar 2020 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Erlasse des Immaterialgüterrechts zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie befürwortet die Vorlage.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)

Landeskanzlei
Rathausstrasse 2
4410 Liestal
061 552 50 06
landeskanzlei@bl.ch
www.bl.ch

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bern

rechtsetzung@ipi.ch

Liestal, 21. April 2020

Vernehmlassung

zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Wir begrüssen die Gesetzesvorlage, ihre Vorteile liegen auf der Hand. Die Vereinfachung des Verfahrens vermindert den Administrativaufwand für die Eidgenössische Zollverwaltung. Diese kann durch den Effizienzgewinn mehr Waren wirksam kontrollieren und solche zurückbehalten, die im Verdacht stehen, Rechte des geistigen Eigentums zu verletzen. Last but not least bewirkt das vereinfachte Verfahren auch einen geringeren Aufwand für die Rechteinhaber/-innen zum Schutz ihres geistigen Eigentums.

Hochachtungsvoll



Isaac Reber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Per E-Mail: rechtsetzung@ipi.ch

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

Basel, 8. April 2020

Regierungsratsbeschluss vom 7. April 2020

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Januar 2020 haben Sie den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt eingeladen, zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht Stellung zu nehmen. Nachfolgend lassen wir Ihnen unsere Bemerkungen zukommen.

Mit der angestrebten Senkung des Administrationsaufwands durch die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen können die freigewordenen Ressourcen der Eidgenössischen Zollverwaltung für die konsequentere Kontrolle von Kleinsendungen eingesetzt werden. So kann die Gesetzesänderung in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung des Schutzes von geistigem Eigentum und zum effizienteren Einsatz der bei den Zollbehörden vorhandenen Ressourcen leisten. Die Vorlage ist daher aus Sicht des Regierungsrats zu begrüßen.

Wir danken Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Eidg. Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

rechtsetzung@ipi.ch

Ihr Zeichen: --
Unser Zeichen: --

18. März 2020

RRB Nr.: - 2 9 8 / 2 0 2 0
Direktion: Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

**Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht, Vernehmlassung;
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht.

Der Kanton Bern begrüsst die Vorlage, weil die Vereinfachung des Verfahrens den Administrativaufwand für die Eidgenössische Zollverwaltung senkt. Durch die damit verbundenen Effizienzgewinne können mehr Waren kontrolliert und zurückbehalten werden, welche im Verdacht stehen, Rechte des geistigen Eigentums zu verletzen. Das vereinfachte Verfahren hat zudem einen geringeren Aufwand für die Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums zur Folge.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates

Christoph Ammann
Regierungspräsident

Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler
– Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Département fédéral de justice et police DFJP
3003 Berne

Document PDF et Word à :
rechtsetzung@ipi.ch

Fribourg, le 21 avril 2020

Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle : consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la consultation mentionnée ci-dessus et avons l'avantage de vous communiquer ci-après notre prise de position.

Dans la mesure où le présent projet de loi apporte une importante diminution des charges administratives subies par les entreprises, le canton de Fribourg le soutient. En effet, les petits envois représentent plus de 90 % des saisies par l'AFD. Comme l'écrit le DFJP, la procédure simplifiée permettrait :

- > La réduction des charges administratives pour l'AFD de sorte qu'elle dispose de plus de ressources pour les contrôles à proprement parler ;
- > La diminution des coûts pour le titulaire de la propriété intellectuelle dans le cas de petits envois ;
- > L'augmentation du nombre de saisies de contrefaçons grâce aux gains d'efficacité exposés.

Les associations professionnelles faîtières ont également été consultées et pourront faire part de leur appréciation de cette nouvelle mesure.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Anne-Claude Demierre
Présidente



Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Pour contribuer à la distanciation sociale, tous les courriers du Conseil d'Etat sont actuellement distribués uniquement par courriel ; sur demande un acte avec signature manuscrite pourra être obtenu à la Chancellerie d'Etat à l'issue de l'épidémie de coronavirus ; nous vous remercions de votre compréhension.



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Département fédéral de justice et police DFJP
3003 Berne

Document PDF et Word à :
rechtsetzung@ipi.ch

Fribourg, le 21 avril 2020

2020-318

Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle : consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la consultation mentionnée ci-dessus et avons l'avantage de vous communiquer ci-après notre prise de position.

Dans la mesure où le présent projet de loi apporte une importante diminution des charges administratives subies par les entreprises, le canton de Fribourg le soutient. En effet, les petits envois représentent plus de 90 % des saisies par l'AFD. Comme l'écrit le DFJP, la procédure simplifiée permettrait :

- > La réduction des charges administratives pour l'AFD de sorte qu'elle dispose de plus de ressources pour les contrôles à proprement parler ;
- > La diminution des coûts pour le titulaire de la propriété intellectuelle dans le cas de petits envois ;
- > L'augmentation du nombre de saisies de contrefaçons grâce aux gains d'efficacité exposés.

Les associations professionnelles faitières ont également été consultées et pourront faire part de leur appréciation de cette nouvelle mesure.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Anne-Claude Demierre
Présidente

Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Communication :

- a) à la Direction de l'économie et de l'emploi, pour elle et le Service de la promotion économique ;
- b) à la Direction des finances, pour elle et l'Administration des finances ;
- c) à la Chancellerie d'Etat.

Danielle Gagnaux-Morel
Chancelière d'Etat

Extrait de procès-verbal non signé, l'acte signé peut être consulté à la Chancellerie d'Etat



Genève, le 27 avril 2020

Le Conseil d'Etat

2133-2020

Département fédéral de justice et police
Madame Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Concerne : loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle - consultation fédérale

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la lettre que vous avez adressée le 15 janvier 2020 aux gouvernements cantonaux concernant la consultation visée en titre.

Le Conseil d'Etat est favorable à l'introduction d'une telle procédure simplifiée. Il n'a pas de remarque particulière à émettre.

Vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

Le président :



Antonio Hodgers

Copie à : rechtsetzung@ipi.ch

Sicherheit und Justiz
Postgasse 29
8750 Glarus

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

Glarus, 21. Januar 2020
Unsere Ref: 2020-8

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Hochgeachtete Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie gaben uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und erlauben uns mitzuteilen, dass wir keine Bemerkungen zur Vorlage anzubringen haben.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse


Dr. Andrea Bettiga
Landammann



Sitzung vom
21. April 2020

Mitgeteilt den
21. April 2020

Protokoll Nr.
332

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per E-Mail an: rechtsetzung@ipi.ch

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht – Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 15. Januar 2020 in erwähnter Sache und bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die Vorlage und damit die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen bei der Bekämpfung von Fälschungen im Bereich des Immaterialgüterrechts werden begrüsst. Die damit verfolgten Ziele werden unterstützt.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Département fédéral de justice et police DFJP
Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Par email : rechtsetzung@ipi.ch

Delémont, le 28 janvier 2020

Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle – ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura accuse réception de votre courrier relatif à la loi fédérale notée sous rubrique et il vous remercie de l'avoir consulté.

Il n'a aucune remarque à formuler.

Tout en vous remerciant de prendre note de ce qui précède, le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous présente, Madame la Conseillère fédérale, ses salutations les plus respectueuses.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Martial Courtet
Président




Gladys Winkler Docourt
Chancelière d'État



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
justiz@lu.ch
www.lu.ch

Eidg. Institut für Geistiges Eigentum

per Mail an: rechtsetzung@ipi.ch

Luzern, 7. April 2020

Protokoll-Nr.: 373

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Januar 2020 geben Sie den Kantonen Gelegenheit, zum oben erwähnten Bundesgesetz Stellung zu nehmen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir die Vorlage begrüssen.

Der Grossteil von verdächtigen Waren erreicht die Schweiz in Kleinsendungen von drei oder weniger Gegenständen. Dass zur Vernichtung der gefälschten Waren der Markeninhaber vorab informiert und der Besteller der Ware sein Einverständnis geben muss, erachten auch wir als ein Vorgehen mit unverhältnismässigem Aufwand. Die Vereinfachung des Verfahrens ist zweckmässig, ohne dass die Rechte der Markeninhaber oder der Besteller geschmälert werden.

Freundliche Grüsse

Paul Winiker
Regierungsrat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle

Madame la conseillère fédérale,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel a pris connaissance du projet visant à introduire une procédure simplifiée de destruction de petits envois soupçonnés de porter atteinte à des droits de propriété intellectuelle.

Nous constatons que la procédure proposée touche avant tout le consommateur privé et facilite les démarches pour le détenteur de droits de propriété intellectuelle. Dans ces conditions, les changements nous semblent adaptés à l'évolution du commerce. Les modifications envisagées, qui n'auront aucune conséquence particulière pour les cantons, n'appellent pas d'autres remarques de notre part et nous les approuvons intégralement.

Nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 15 avril 2020

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
A. RIBAUX

La chancelière,
S. DESPLAND



NE



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 28. April 2020

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht. Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Januar 2020 haben Sie den Kanton Nidwalden in der erwähnten Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen. Für diese Möglichkeit zur Mitwirkung möchten wir uns herzlich bedanken.

Durch die Einführung eines vereinfachten Verfahrens reduziert sich ihr Aufwand und die Gebührenbelastung für die Antragsteller, diese erhalten aber keine detaillierten Informationen mehr. Der Anmelder, Besitzer oder Eigentümer der Ware hat weiterhin auch im vereinfachten Verfahren – unter Bekanntgabe seiner Identität – das uneingeschränkte Recht, sich der Vernichtung zu widersetzen und den Antragsteller zu zwingen, den Rechtsweg zu beschreiten. Widersetzt er sich der Vernichtung aber nicht, so hat das vereinfachte Verfahren für ihn den Vorteil, dass er keine Gefahr läuft, vom Antragsteller nachträglich noch wegen der Umtriebe im Zusammenhang mit dem Aufgriff und der Vernichtung belangt zu werden.

Zusammenfassend halten wir fest, dass wir die Einführung eines vereinfachten Verfahrens für Kleinsendungen zu unterstützen. Es schafft eine Vereinfachung für die Antragsteller, belässt aber dem Anmelder, Besitzer oder Eigentümer der Ware weiterhin das Recht den ordentlichen Rechtsweg zu erzwingen.

Aufgrund dieser Überlegungen befürworten wir die Vorlage. Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme bei Ihren weiteren Arbeiten.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Alfred Bossard
Landammann



lic. iur. Hugo Murer
Landschreiber-Stv.

Geht an:

- rechtsetzung@ipi.ch



CH-6061 Sarnen, St. Antonistrasse 4, VD

Per E-Mail

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement EJPD
3003 Bern

Sarnen, 2. März 2020

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Januar 2020 laden Sie uns zur Stellungnahme bezüglich Eingangs erwähntem Geschäft ein. Dafür danken wir Ihnen bestens. Die Frist läuft am 30. April 2020 ab.

Wir haben die Unterlagen geprüft, stimmen zu und verzichten auf eine weiterführende Stellungnahme. Besten Dank für Ihre Bemühungen.

Freundliche Grüsse



Daniel Wyler
Regierungsrat

Zustellung an:

- rechtsetzung@ipi.ch (Word- und PDF-Version)
- Staatskanzlei (OWSTK.3687)

Kanton Schaffhausen
Regierungsrat
Beckenstube 7
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch



Telefon +41 (0)52 632 71 11
Fax +41 (0)52 632 72 00
staatskanzlei@ktsh.ch

Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per Email an:
rechtsetzung@ipi.ch

Schaffhausen, 7. April 2020

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

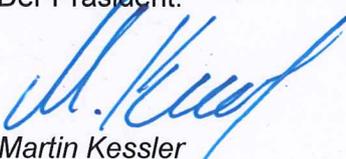
Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Januar 2020 haben Sie uns in vorgenannter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen. Wir bedanken uns für diese Möglichkeit und teilen Ihnen mit, dass wir die unterbreitete Vorlage begrüssen.

Für Fragen können Sie sich an Alfons Fratschöl, Amt für Justiz und Gemeinden, Tel. 052 632 70 55, Email alfons.fratschoel@ktsh.ch, wenden.



Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates
Der Präsident:


Martin Kessler

Der Staatsschreiber:


Dr. Stefan Bilger

Regierungsrat des Kantons Schwyz



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

elektronisch an: rechtsetzung@ipi.ch

Schwyz, 21. April 2020

Vernehmlassung zu Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Januar 2020 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) den Kantonsregierungen die Unterlagen betreffend die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht zur Vernehmlassung bis 30. April 2020 unterbreitet.

Der Regierungsrat des Kantons Schwyz begrüsst die geplante Vereinfachung des Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht und hat keine Bemerkungen oder Ergänzungen anzubringen.

Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens und grüssen Sie freundlich.

Im Namen des Regierungsrates:

Kaspar Michel
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatschreiber

Kopie z.K. an:

– Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidgenössisches Institut für Geistiges
Eigentum
Stauffacherstrasse 65/59g
3003 Bern

21. April 2020

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen Bezug auf Ihr Schreiben vom 15. Januar 2020 in oben genannter Angelegenheit, danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns dazu gerne wie folgt:

Die Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums nimmt weltweit zu und verursacht erhebliche Schäden. Bei der Bekämpfung von Fälschungen kommt den Zollbehörden eine wichtige Rolle zu. Mit dem Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht soll der Kampf gegen die Einfuhr gefälschter Waren effizienter gestaltet werden. Der administrative Aufwand soll verringert und die Vernichtung gefälschter Waren beschleunigt werden. Dadurch kann der Ressourceneinsatz verstärkt auf die Kontrollen anstelle der administrativen Bearbeitung verlagert werden.

Durch den Boom im Online-Handel verzeichnen kleinere Post- und Kuriersendungen einen starken Anstieg. Durch die mengenmässige Zunahme ist eine Neugestaltung des Verfahrens gerechtfertigt. Mit der Neuregelung wird die Rechtsstellung der Besteller nicht verändert. Sie können sich nach wie vor einer Vernichtung widersetzen. Dies trifft jedoch nur in Ausnahmefällen zu.

Die EU kennt bereits ein vereinfachtes Verfahren für Waren in Kleinsendungen, die im Verdacht stehen, ein Recht des geistigen Eigentums zu verletzen. Mit dem Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht wird vorgeschlagen, in der Schweiz ein analoges Verfahren zu etablieren.

Wir unterstützen die zur Vernehmlassung stehende Vorlage des Bundesrates. Zu den einzelnen Bestimmungen haben wir keine Anmerkungen.

Mit freundlichen Grüßen

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Brigit Wyss
Frau Landammann

sig. Andreas Eng
Staatsschreiber

Regierungsratsbeschluss

vom 21. April 2020

Nr. 2020/598

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht Schreiben an das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum betreffend Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum betreffend Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Eidgenössische Institut für Geistiges Eigentum vom 21. April 2020

Verteiler

Staatskanzlei
Staatskanzlei, Legistik und Justiz (3)
Volkswirtschaftsdepartement
Obergericht, Zivilkammer
Medien (elektronischer Versand durch STK Kommunikation)



Volkswirtschaftsdepartement, Generalsekretariat, Davidstrasse 35, 9001 St.Gallen

A-Post
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
CH-3003 Bern

Bruno Damann
Regierungsrat
Volkswirtschaftsdepartement
Davidstrasse 35
9001 St.Gallen
T +41 58 229 34 87
bruno.damann@sg.ch

St.Gallen, 1. April 2020

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht; Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns in der eingangs erwähnten Angelegenheit auf Ihr Schreiben vom 15. Januar 2020 und nehmen zur geplanten Gesetzesvorlage gerne wie folgt Stellung:

Da aufgrund der Ausführungen im zugehörigen Bericht keine Betroffenheit der Kantone zu erkennen ist und die fachliche Beurteilung ebenfalls keinen Anlass zu Bemerkungen ergeben hat, verzichten wir auf eine Stellungnahme in dieser Angelegenheit.

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Der Vorsteher

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'B. Damann'.

Bruno Damann
Regierungsrat

Kopie per E-Mail an:

- rechtsetzung@ipi.ch (als word- und pdf-Dokument)
- Departement des Innern
- Sicherheits- und Justizdepartement

1521

cl

0

18 marzo 2020

Repubblica e Cantone Ticino
Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 43 20
fax +41 91 814 44 35
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia e
polizia DFGP
Istituto Federale della Proprietà
Intellettuale
Stauffacherstrasse 65/59g
3014 Bern

Invio per posta elettronica
rechtsetzung@ipi.ch

Procedura di consultazione – introduzione di una procedura semplificata per la distruzione di piccole spedizioni nel diritto della proprietà intellettuale

Gentili Signore, egregi Signori,

vi ringraziamo per l'invito a prendere posizione in merito alla consultazione in oggetto.

A tale proposito vi informiamo che non abbiamo particolari osservazioni da formularvi. La modifica proposta, che salutiamo favorevolmente, permette una migliore efficienza nell'individuare le contraffazioni, riducendo al contempo l'onere a carico dei titolari di diritti della proprietà intellettuale in caso di piccole spedizioni.

Ringraziandovi per la preziosa opportunità accordata di esprimerci in materia, vogliate gradire, gentili Signore ed egregi Signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente:


Christian Vitta

Il Cancelliere:


Arnoldo Coduri

Copia a:

- Consiglio di Stato (decs-dir@ti.ch; di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch);
- Divisione dell'economia (dfe-de@ti.ch);
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch);
- Divisione della giustizia (di-dg@ti.ch);
- Pubblicazione in internet.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Frau Karin Keller-Sutter
Bundesrätin
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 7. April 2020

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

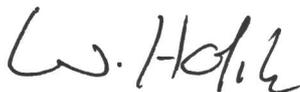
Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme zum Entwurf für ein Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht und teilen Ihnen mit, dass wir mit den vorgeschlagenen Anpassungen des Urheberrechtsgesetzes, des Topographiegesetzes, des Markenschutzgesetzes, des Designgesetzes, des Patentgesetzes und des Wapenschutzgesetzes einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüßen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber-Stellvertreter



Institut für Geistiges Eigentum			
22. JAN. 2020			
	Vis	L.K	Bern.

Signatur-Nr. LA.5620

Laufnummer LA.2020-0040

Eidgenössisches Institut für
Geistiges Eigentum IGE
Stauffacherstrasse 65/59 g
3003 Bern



DOK 000 025 857

Altdorf, 16. Januar 2020

Wir bestätigen, dass Ihre Eingabe

vom : 15. Januar 2020

betreffend : Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von
Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht; Vernehmlassung

beim Regierungsrat eingegangen ist und im Rahmen des Organisationsrechts
Zur Prüfung und Antragstellung

an folgende Direktion / Behörde / Amtsstelle überwiesen worden ist:
Justizdirektion

Freundliche Grüsse

Der Kanzleidirektor:





Philippe Leuba
Conseiller d'Etat

Chef du Département de l'économie, de l'innovation et du sport

Rue Caroline 11
1014 Lausanne

Département fédéral de justice et police
DFJP
Institut fédéral de la propriété
intellectuelle IPI
rechtsetzung@ipi.ch

Réf. : 687'248

Lausanne, le 23 avril 2020

Consultation – Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle

Madame la Conseillère fédérale,
Madame, Monsieur,

Je me réfère à votre courrier du 15 janvier 2020, relatif au projet de loi cité sous rubrique. Tout en vous remerciant d'avoir associé le Canton de Vaud à cette procédure de consultation, je vous prie de bien vouloir trouver ci-après les déterminations du Conseil d'Etat vaudois quant au projet présenté.

La violation des droits de propriété intellectuelle, dont on sait qu'elle est en augmentation du fait notamment de l'expansion du commerce par Internet, est une source de nuisances considérables pour de nombreuses entreprises suisses. S'il fallait ne citer qu'un exemple parmi tant d'autres, il est aisé de percevoir le tort causé par les contrefaçons au secteur horloger, en termes de perte de revenus et de dégâts d'image.

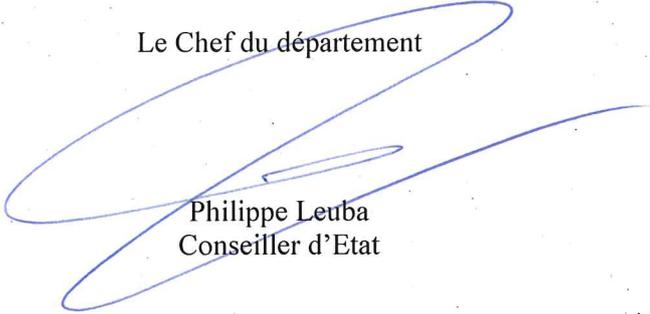
Mais les entreprises ne sont pas les seules victimes de ce phénomène, qui touche également les consommateurs suisses. En effet, les risques sanitaires et sécuritaires que font courir des contrefaçons de médicaments ou encore de pièces de véhicules illustrent bien la nécessité de lutter efficacement contre l'importation de tels biens (qui sont, dans l'écrasante majorité des cas, produits à l'étranger).

À cet égard, les modifications légales proposées sont de nature à décharger l'Administration fédérale des douanes de tâches administratives qui ne font plus sens dans la très grande majorité des cas de saisie de marchandises contrefaites, sans pour autant supprimer les droits actuels des acheteurs ; de ce fait, les ressources aujourd'hui mobilisées pour l'exécution des dites tâches pourront être réallouées aux contrôles à proprement parler.

Le projet préparé par la Confédération présente ainsi l'avantage d'améliorer encore la protection des consommateurs et entreprises suisses face aux violations des droits de propriété intellectuelle et de leurs conséquences sanitaires et économiques. Dès lors, le Canton de Vaud le soutient sans réserve.

En vous remerciant de l'attention portée à ce qui précède, je vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, Madame, Monsieur, à l'assurance de mes sentiments les meilleurs.

Le Chef du département

A large, stylized handwritten signature in blue ink, appearing to be 'P. Leuba', written over the typed name.

Philippe Leuba
Conseiller d'Etat

Annexe :

- Version Word du présent courrier, comme demandé lors de la mise en consultation

Copie :

- Office des affaires extérieures de l'Etat de Vaud



2020.00952

P.P. CH-1951
Sion
A-PRIORITY Poste CH SA

Département fédéral de justice et police
Madame Karine Keller-Sutter
Conseillère fédérale
Bundeshaus West
Bundesgasse 1
3001 Berne



Notre réf. C-40969 / CV
Votre réf.

Date - 4 MAR. 2020

Procédure de consultation : loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de l'avoir associé à la consultation précitée.

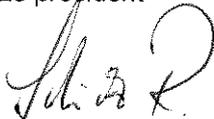
Même si la lutte contre les contrefaçons relève avant tout d'une compétence fédérale appliquée par l'Administration fédérale des douanes, le Canton du Valais salue la volonté de simplification des procédures et de réduction des charges administratives attendues avec ce projet de loi.

Nous n'avons pas de remarque particulière à formuler.

Veillez agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

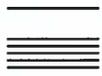

Roberto Schmidt



Le chancelier


Philipp Spörri

Copie à M. Christian Varone, Commandant de la Police cantonale valaisanne



Sicherheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

T direkt +41 41 728 50 23
michael.siegrist@zg.ch
Zug, 10. März 2020 SIMC
SD SDS 7.11 / 257

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Stellungnahme des Kantons Zug

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 15. Januar 2020 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, zum Vor-entwurf des Bundesgesetzes über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernich-tung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht bis 30. April 2020 Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Zug hat dieses Geschäft an die Sicherheitsdirektion zur direkten Erledigung überwiesen.

Nach Durchsicht der Vernehmlassungsunterlagen und nach der Durchführung eines verwal-tungsinternen Mitberichtsverfahrens können wir Ihnen mitteilen, dass wir mit der Vorlage grundsätzlich einverstanden sind und die Einführung des vereinfachten Verfahrens zur Vernich-tung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht begrüssen. Im folgenden Punkt besteht in-des eine Unklarheit, welche zu bereinigen ist:

Antrag

Sollte dieses Gesetz auch auf gesundheitsgefährdende Medikamente anwendbar sein, ist zu klären, ob das Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte vom 15. Dezember 2000 (Heilmittelgesetz, HMG; SR 812.21) oder das vorliegende Gesetz anwendbar ist.

Begründung

Art. 20 Abs. 2 Bst. a HMG legt fest, dass der Bundesrat erlauben kann, dass Einzelpersonen für den Eigengebrauch nicht zugelassene, verwendungsfertige Arzneimittel in kleinen Mengen einführen dürfen. Von diesem Recht hat der Bundesrat in Art. 48 der Verordnung über die Be-willigungen im Arzneimittelbereich vom 14. November 2018 (Arzneimittel-

Bewilligungsverordnung, AMBV; SR 812.212.1) Gebrauch gemacht. In der Praxis entspricht die «kleine Menge» dem Monatsbedarf. Da Arzneimittel auch unter das Immaterialgüterrecht fallen können, stellt sich die Frage, welches dieser beiden Gesetze im konkreten Fall vorgehen würde. Sollte das Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen vorgehen, müsste gleichzeitig das Heilmittelgesetz entsprechend angepasst werden. Im anderen Fall müsste eine Klarstellung im neuen Bundesgesetz dafür sorgen, dass Rechtsstreitigkeiten nicht Vorschub geleistet wird. Im Übrigen dürfte es für die Zollorgane ohne die zusätzliche Einstellung von fachkundigem Personal schwierig bis unmöglich sein festzulegen bzw. festzustellen, bei welchen Produkten es sich um gesundheitsgefährdende Medikamente handelt.

Für die Berücksichtigung unserer Bemerkungen und unseres Antrags danken wir Ihnen im Voraus bestens. Für allfällige Fragen bitten wir Sie, sich direkt an Michael Siegrist, stv. Generalsekretär der Sicherheitsdirektion des Kantons Zug (Michael.Siegrist@zg.ch; Tel. +41 41 728 50 23), zu wenden.

Freundliche Grüsse
Sicherheitsdirektion



Beat Villiger
Regierungsrat

Kopie per E-Mail an:

- rechtsetzung@ipi.ch (als PDF- und als Word-Version)
- Finanzdirektion (info.fd@zg.ch)
- Gesundheitsdirektion (info.gd@zg.ch)
- Volkswirtschaftsdirektion (info.vd@zg.ch)
- Zuger Polizei (kommandooffice.polizei@zg.ch)
- Staatskanzlei (info@zg.ch; zur Aufschaltung im Internet)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern

8. April 2020 (RRB Nr. 367/2020)

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht (Vernehmlassung)

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 15. Januar 2020 haben Sie uns eingeladen, zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit. Da die Vorlage keine Auswirkungen auf die Kantone und Gemeinden hat, verzichten wir auf eine Stellungnahme.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatschreiberin:

Carmen Walker Späh

Dr. Kathrin Arioli



CVP Schweiz, Postfach, 3001 Bern

Per Mail an: rechtsetzung@ipi.ch

Bern, 11. Mai 2020

Vernehmlassung: Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Allgemeine Bemerkungen

Der Online-Handel, auch aus dem Ausland, floriert und hat zu einem grossen Anstieg an Kleinsendungen geführt. Dabei werden auch Fälschungen in die Schweiz eingeführt, die zu Schäden bei den Originalherstellern, Ausfällen von Steuer- und Sozialabgaben und Gesundheitsrisiken bei der Bevölkerung führen. Schweizer Rechteinhaber sind dabei weltweit am viertstärksten betroffen. Das gestiegene Volumen an Kleinsendungen hat dazu geführt, dass die Eidg. Zollverwaltung (EZV) nur noch einen kleinen Teil der Sendungen kontrollieren kann.

Die CVP begrüsst die vorgeschlagenen Massnahmen, die das Verfahren zur Vernichtung von Kleinsendungen mit rechtsverletzendem Inhalt vereinfacht. So sollen die EZV wie auch die Rechteinhaber administrativ entlastet werden. Durch diese Entlastung kann die EZV ihre Ressourcen auf mehr Kontrollen fokussieren. Die Rechtsstellung der Besteller sowie die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung bleiben jedoch unverändert. Eine Stärkung der Rechteinhaberinnen im Kampf gegen gefälschte Produkte könnte die Bekanntgabe des Absenders, neben der Art und Menge der vernichteten Waren, in der Sammelmitteilung durch die EZV sein.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

CHRISTLICHDEMOKRATISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ

Sig. Gerhard Pfister
Präsident der CVP Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin CVP Schweiz

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Bern, 27. April 2020/ MB/DD
VL Immaterialgüterrecht

Per Mail an: rechtsetzung@ipi.ch

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen unterstützt die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht, da dieses zu einem Abbau des administrativen Aufwands für Rechteinhaber, einer Steigerung der Verwaltungseffizienz und dadurch zu einem besseren Schutz des geistigen Eigentums führen wird. Innovation ist ein Schlüsselfaktor der Konkurrenzfähigkeit unserer Volkswirtschaft und damit zentral für Wohlstand und Arbeitsplätze in der Schweiz. Umso wichtiger ist es, dass unsere Unternehmen innovative Produkte mithilfe des Immaterialgüterrechts schützen können.

Import via Kleinsendungen als Hauptproblem

In der Schweiz werden aufgrund des Preisniveaus Fälschungen kaum gewerblich hergestellt. Auch werden solche Waren nicht auf Märkten offen zum Verkauf angeboten. Vielmehr finden gefälschte Produkte in kleinen Stückzahlen via Reisegepäck oder als Post- oder Kuriersendung den Weg zu ihren Schweizer Käufern. Eine entsprechend wichtige Rolle spielt die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) beim Schutz des geistigen Eigentums vor Rechtsverletzungen durch den Handel mit gefälschten Waren, welche in Kleinsendungen die Grenze passieren.

Ineffizientes bisheriges Verfahren für Kleinsendungen

Das aktuelle Verfahren zur Überprüfung von solchen potentiellen Verletzungen des geistigen Eigentums bei Kleinsendungen ist aber sowohl für die Verwaltung als auch für die Rechteinhaber ineffizient. Bereits bevor bekannt ist, ob sich der Empfänger einer verdächtigen Sendung der Vernichtung widersetzt, muss der Rechteinhaber Massnahmen für ein gerichtliches Verfahren einleiten. Ein Aufwand, der effektiv nur in 5% der Fälle benötigt wird. Auch die Zollverwaltung wird durch diese Ausgestaltung des Verfahrens von administrativem Aufwand entlastet. Bis anhin mussten der Besteller sowie der Rechteinhaber von der EZV vorgängig zu einer Zerstörung informiert werden. Innerhalb des vereinfachten Verfahrens werden die Rechteinhaber nur noch periodisch und nachträglich über widersetzungslos gebliebene Vernichtungen informiert. Auch wird die EZV in entsprechend weniger Fällen den Rechteinhabern Proben und Muster der Kleinsendungen zukommen lassen müssen.

Besserer Schutz des geistigen Eigentums durch effizienteres Verfahren

Mit der Vorlage sollen daher das Markenschutz-, Design-, Patent- und Urheberrechtsgesetz so ergänzt werden, dass bei Kleinsendungen ein vereinfachtes Verfahren zur Anwendung kommen kann. Nur wenn sich der Empfänger tatsächlich widersetzt, muss im vereinfachten Verfahren ein gerichtliches Verfahren vom Rechteinhaber angestrengt werden. Der administrative Aufwand wird sowohl bei den Rechteinhabern als auch bei der Zollverwaltung reduziert. Durch die Effizienzgewinne wird die Zollverwaltung

mehr Ressourcen für die Kontrolltätigkeit aufwenden können, was zu einer Steigerung der Aufgriffszahlen von Fälschungen führen dürfte. Der Entscheid, ob bei Kleinsendungen das vereinfachte oder das bisherige Verfahren zur Anwendung kommen soll, bleibt dem Rechteinhaber überlassen. Ebenso hat der Eigentümer der Ware in beiden Verfahren die Möglichkeit, sich der Vernichtung zu widersetzen. Keiner der Beteiligten wird in seiner Rechten beschnitten.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse
FDP.Die Liberalen
Die Präsidentin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Petra Gossi in black ink.Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Petra Gossi
Nationalrätin

Samuel Lanz



Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Schwanengasse 2
3011 Bern

E-Mail:
rechtsetzung@ipi.ch

Bern, 30. April 2020

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Die SVP begrüsst die Vorlage und damit die wirkungsvollere Bekämpfung der Einfuhr von Fälschungen.

Die Verletzung von Rechten des geistigen Eigentums (Patente, Marken, Urheberrechte usw.) nimmt weltweit zu und verursacht erhebliche Schäden. Das enorme Wachstum des Online-Handels hat das Problem zusätzlich verschärft, indem Fälschungen zunehmend über das Internet bestellt werden und in kleinen Sendungen zu den Empfängern gelangen. Das stellt die Zollbehörden auch in der Schweiz vor grosse Herausforderungen. Das vorliegende Gesetz erleichtert die administrativen Abläufe in hohem Masse.

Da Fälschungen bewusst oder in Verkennung der Sachlage gekauft oder online bestellt werden können, ist für die SVP wichtig, dass die Empfänger (Käufer/Besteller) von Kleinsendungen straffrei bleiben. Wenn man bei «Alibaba», «Wish» und Co. einkauft, ist es heute gar nicht so einfach, Schnäppchen von gefälschten Produkten zu unterscheiden. Das Gesetz darf nicht zu einer Kriminalisierung des Online-Shoppings führen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassungsantwort.

Mit freundlichen Grüßen

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Parteipräsident

Generalsekretär

Handwritten signature of Albert Rösti in blue ink.Handwritten signature of Emanuel Waeber in blue ink.

Albert Rösti
Nationalrat

Emanuel Waeber



Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
3003 Bern

Per Mail: rechtsetzung@ipi.admin.ch

Bern, 18. Februar 2020

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, an der Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir trotz der unbestrittenen Bedeutung der Vorlage aus Kapazitätsgründen auf eine Eingabe verzichten müssen.

Besten Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Städteverband
Direktorin

Renate Amstutz

Von: [Maeder Sabine](#)
An: [Rechtsetzung](#)
Betreff: AW: Eröffnung Vernehmlassungsverfahren: Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht
Datum: Donnerstag, 16. Januar 2020 09:14:14
Anlagen: [image001.png](#)
[image002.png](#)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr untenstehendes E-Mail und danken Ihnen bestens für die Möglichkeit zur erwähnten Vernehmlassung Stellung nehmen zu können. Da diese Vorlage die Arbeitgeber nicht betrifft, verzichten wir auf eine Eingabe und danken für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Sabine Maeder

Assistentin
SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich
Tel. +41 44 421 17 17
Fax +41 44 421 17 18
Direktwahl: +41 44 421 17 42
maeder@arbeitgeber.ch
<http://www.arbeitgeber.ch>



Von: Rechtsetzung

Gesendet: Mittwoch, 15. Januar 2020 17:46

An: Rechtsetzung

Betreff: Eröffnung Vernehmlassungsverfahren: Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Sehr geehrte Damen und Herren

Anbei senden wir Ihnen das Begleitschreiben zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens für die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht.

Die Vernehmlassungsunterlagen können bezogen werden über die Internetadresse:

<https://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html#EJPD>.

Freundliche Grüsse

Abteilung Recht und Internationales
Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum
Stauffacherstrasse 65/59g | CH-3003 Bern
www.ige.ch

Madame, Monsieur,

Nous vous prions de trouver ci-joint la lettre d'accompagnement concernant l'ouverture de la procédure de consultation relative à l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle.

Le projet et le dossier mis en consultation sont disponibles à l'adresse Internet

<https://www.admin.ch/ch/f/gg/pc/pendent.html#DFJP>.

Nous vous prions d'agréer, Madame, Monsieur, l'expression de notre considération distinguée.

Droit & Affaires internationales
Institut Fédéral de la Propriété Intellectuelle
Stauffacherstrasse 65/59g | CH-3003 Berne

www.ipi.ch

Gentili Signore e Signori,

Vi trasmettiamo, in allegato, la lettera d'accompagnamento relativa all'apertura della consultazione concernente l'introduzione di una procedura semplificata per la distruzione di piccole spedizioni nel diritto della proprietà intellettuale.

La documentazione relativa alla consultazione è disponibile all'indirizzo

<https://www.admin.ch/ch/i/gg/pc/pendent.html#DFGP>.

Distinti saluti

Diritto & Affari internazionali

Istituto Federale della Proprietà Intellettuale

Stauffacherstrasse 65/59g | CH-3003 Berna

www.ipi.ch

Frau Bundesrätin
Karin Keller-Sutter
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail an: rechtsetzung@ipi.ch

30. April 2020

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht: Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren

Im Januar 2020 haben Sie uns eingeladen, in oben genannter Sache Stellung zu nehmen. Diese Gelegenheit der Meinungsäusserung nehmen wir gerne wahr. economiesuisse nimmt aus einer übergeordneten, gesamtwirtschaftlichen Sicht und gestützt auf die Rückmeldungen aus unserer Expertengruppe für geistiges Eigentum (EGIP) wie folgt Stellung.

economiesuisse begrüsst die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht. Wir fordern aber punktuelle Anpassungen, darunter bei der Information an den Rechteinhaber im Nachgang zu einer Vernichtung und bei der Frage der Haftungstragung durch den Rechteinhaber.

Das Inverkehrbringen von Fälschungen führt für die Schweizer Industrie jährlich zu erheblichen Schäden. Bei der Bekämpfung von Fälschungen kommt den Zollbehörden eine wichtige Rolle zu. Die Einführung des vorgeschlagenen vereinfachten Verfahrens erscheint geeignet, den Administrativaufwand sowohl auf Seiten der Rechteinhaber als auch der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) zu senken, womit der EZV mehr Ressourcen für die effektive Kontrolltätigkeit zur Verfügung stehen sollten. Zudem entspricht die Vereinfachung einem praktischen Bedürfnis der Rechteinhaber. Um eine «erhebliche» Vereinfachung für alle beteiligten Akteure herbeizuführen, bedarf es jedoch der im Nachfolgenden dargelegten Vorkehrungen und Anpassungen an der Vorlage.

— Informationsgehalt der nachträglichen Benachrichtigung an den Rechteinhaber

Bis anhin mussten der Besteller sowie der Rechteinhaber von der EZV vor einer Zerstörung informiert werden. Innerhalb des vereinfachten Verfahrens wird der Rechteinhaber nur noch periodisch und nachträglich über eine Zerstörung informiert (sofern sich der Besteller der Zerstörung vorgängig nicht widersetzt hat). Wir begrüssen diese Vereinfachung. In dieser nachträglichen Benachrichtigung des Rechteinhabers ist eine Information über die Anzahl und Beschaffenheit der vernichteten Ware vorgesehen.

Für eine gezielte Bekämpfung der Produktpiraterie ist aber darüber hinaus auch eine Information über Absender, Empfänger, involvierte Länder, Markennamen im Falle von Markeninhabern, Hersteller, Lieferanten sowie allenfalls weitere Informationen, welche für den Rechteinhaber zweckdienlich sein können, erforderlich.

— **Optionale Wahl des vereinfachten Verfahrens**

Wir begrüssen, dass dem Rechteinhaber die Wahlmöglichkeit zwischen dem neuen, vereinfachten Verfahren und dem bereits bestehenden Verfahren offengelassen wird. Je nach strategischer Ausrichtung des Rechteinhabers sowie der Art von der Schutzrechtsverletzung betroffenen Ware kann nämlich das eine oder das andere Verfahren vorteilhafter ausfallen.

— **Minimierung der Gebühren für das vereinfachte Verfahren**

Vorliegend ist die Verordnung über die Gebühren der Zollverwaltung einschlägig (AS 631.035). Der erläuternde Bericht zum Vernehmlassungsverfahren äussert sich nicht detailliert zu den Gebühren. Offenbar wird davon ausgegangen, dass Fälle von geringerer Bedeutung nach dem vereinfachten Verfahren gehandhabt werden, was sich in geringeren Kosten für den Rechteinhaber niederschlägt. Damit das vereinfachte Verfahren für möglichst viele Rechteinhaber in unterschiedlichen Konstellationen attraktiv ist, sollten die Gebühren soweit möglich gesenkt werden. Dies gilt insbesondere für Fälle, in denen der Besteller sich der Vernichtung nicht widersetzt hat, sowie auch bei den periodischen Benachrichtigungen an den Rechteinhaber.

— **Anpassungen im ordentlichen Prozess: Problem «Gleichlauf der Fristen»**

Im ordentlichen Verfahren besteht nach wie vor das Problem eines «Gleichlaufs der Fristen» von Rechteinhaber und Besteller. Namentlich handelt es sich um die 10-tägige Widerspruchsfrist des Bestellers und dieselbe Frist für den Rechteinhaber innert welcher er superprovisorische Massnahmen anbegehren muss. Diese Revision bietet die Möglichkeit, das Problem innerhalb der aktuellen Gesetzesvorlage zu lösen, wodurch unnötige Prozesse vermieden werden können. Es bietet sich an, die diesbezügliche Lösung im vereinfachten Verfahren auch für den ordentlichen Prozess zu übernehmen.

— **Ungleichgewicht beim Haftungsrisiko zwischen Rechteinhaber und Besteller beseitigen**

Gemäss dem neuen, vereinfachten Verfahren besteht für den Rechteinhaber gegenüber dem Besteller ein Haftungsrisiko. Umgekehrt ist dies nicht der Fall. Stellt sich eine Vernichtung im Nachhinein als unbegründet heraus, auch wenn sich der Besteller nicht widersetzt hat (weil es sich beispielsweise nicht um eine Fälschung gehandelt hat), so haftet der Rechteinhaber dem Besteller gegenüber für den entstandenen Schaden. Der Besteller ist hingegen grundsätzlich keinem Haftungsrisiko gegenüber dem Rechteinhaber ausgesetzt. Dies führt zu unsachgemässen Konstellationen, insbesondere im Luxussegment. Das vereinfachte Verfahren würde wesentlich attraktiver, wenn der Rechteinhaber von der Haftung gegenüber dem Besteller explizit befreit würde, wenn sich dieser innert Frist nicht der Vernichtung der Ware widersetzt hatte.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen bei Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse
economiesuisse



Erich Herzog
Mitglied der Geschäftsleitung



Ivette Djonova
Projektleiterin Wettbewerb & Regulatorisches

Institut für geistiges Eigentum
Stauffacherstrasse 65/59g
3003 Bern

rechtsetzung@ipi.ch

Bern, 30. April 2020 sgv-KI/ap

Vernehmlassungsantwort: Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Sehr geehrte Damen und Herren

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit dem Schreiben vom 15. Januar 2020 lädt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD ein, sich zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht zu äussern. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Bedingt durch das Wachstum des Onlinehandels gelangen zunehmend mehr Fälschungen in kleinen Sendungen zu ihren Empfängern in der Schweiz. Nach heute geltendem Recht müssen die Rechteinhaber schon Schritte für ein gerichtliches Verfahren einleiten, bevor sie wissen, ob sich der Empfänger der gefälschten Ware einer Vernichtung widersetzt. Sie sind gezwungen, bei der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) die Übergabe von Proben, Mustern oder Abbildungen oder die Möglichkeit einer Besichtigung der Ware zu beantragen. In Tat und Wahrheit widersetzen sich die Besteller in den meisten Fällen einer Vernichtung der Ware gar nicht. Das mag damit zusammenhängen, dass dem Käufer dieser Ware in der Regel bewusst ist, dass er eine Fälschung erstanden hat und dass er möglichst schadlos aus diesem Geschäft wieder aussteigen will. Bei deutlich über 90 % der zurückbehaltenen Waren handelt es sich um Kleinsendungen von drei oder weniger Gegenständen.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv unterstützt die Vorlage.

Das heutige Verfahren zur Zurückbehaltung und Vernichtung von Waren, die im Verdacht stehen, Rechte des geistigen Eigentums zu verletzen, ist nicht nur sehr aufwendig, sondern entspricht oft nicht einmal den involvierten Parteien.

Wir danken für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgV



Hans-Ulrich Bigler
Direktor



Dieter Kläy
Ressortleiter



Die Präsidentenkonferenz

Postfach, 9023 St. Gallen
Telefon +41 58 465 27 27
Registatur-Nummer: 024.1
Geschäfts-Nr. 2020-008

A-Post

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

PDF- und Word-Version per E-Mail an:
rechtsetzung@ipi.ch

St. Gallen, 7. April 2020 / hah

Vernehmlassung: Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Für Ihre Einladung vom 15. Januar 2020 zur Stellungnahme im oben erwähnten Vernehmlassungsverfahren danken wir Ihnen bestens. Wir haben den Entwurf mit Interesse zur Kenntnis genommen. Die Abteilung II des Bundesverwaltungsgerichts ist durch die vorgeschlagene Änderung direkt betroffen.

Gemäss dem erläuternden Bericht soll das oben erwähnte Bundesgesetz die bisher vorsorglich geleistete Hilfeleistung der Zollverwaltung in über 90 % der an der Grenze festgehaltenen Kapillarimporte durch ein abschliessendes amtliches Vernichtungsverfahren ohne Mitwirkung der Rechteinhaber ersetzen. Während die Durchsetzung von Immaterialgüterrechten bisher ein privates Handeln erfordert, soll ein behördliches Vollstreckungshandeln («Realakt») neu in vielen Fällen an dessen Stelle treten. Zu dieser grundlegenden Änderung beehrt sich das Bundesverwaltungsgericht wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Bekämpfung von Warenfälschungen ist von grosser Bedeutung für unsere Wirtschaft. Staatliche Hilfe für die private Durchsetzung bekannter, gefragter und darum oft rechtswidrig nachgeahmter Immaterialgüterrechte ist zweifellos gerechtfertigt. Soll dieses private Handeln aber durch behördliches Handeln ersetzt und sollen die Rechteinhaber aus ihrer Verantwortung als Kläger, Gesuch- und Antragsteller entlassen oder von ihr entlastet werden, stellt sich die Frage, ob die Rechte der Gegenpartei, vorliegend das Eigentum an der festgehaltenen Ware, dabei ausreichend geschützt bleiben.

Wir geben zu bedenken, dass der Gesetzgeber, um Rechteinhaber im Kampf gegen Pirateriewaren zu stärken, schon in mehreren Schritten eine «*überschiessende Rechtsmacht*» der Inhaber (so BBI 2006, 118) in Kauf genommen hat.

Bisher wurden Beschlagnahmen zwar nicht stets den betroffenen Eigentümern, aber immer den Schutzrechtsinhabern mitgeteilt. Diese sahen sogleich, ob das Gut in ihren Anspruchsreich fiel. Sie riskierten Schadenersatzforderungen, wenn es zu Unrecht vernichtet wurde. Bei einer ungerechtfertigten Beschlagnahme haben sie ihre überschüssende Rechtsmacht darum meistens selbst korrigiert und die Ware freigegeben (z.B. Urteil des BVGer B-7949/2015 vom 16. Mai 2017). Diese Prüfung durch die Schutzrechtsinhaber soll durch die Vernehmlassungsvorlage künftig wegfallen, selbst wenn die Eigentümer/innen unter Umständen erst von der Beschlagnahme erfahren, nachdem die Ware vernichtet wurde. Ein Schadenersatzanspruch gegen die Schutzrechtsinhaber soll überdies entfallen. In dieser Konstellation stellt sich nach unserer Meinung einerseits die Frage, wie die Zollverwaltung, wenn ein Rechteinhaber schuldhaft unzutreffende Schutzbehauptungen erhoben hat, ihrer Staatshaftung wegen voreiliger Vernichtung nichtverletzender Ware entgehen kann. Andererseits scheint fraglich, wie durch die geplante Regelung bei amtlicher Vernichtung einer Ware ohne vorgängige Mitteilung an ihren Eigentümer und trotz der überschüssenden Rechtsmacht der Schutzrechtsinhaber die Eigentumsgarantie gemäss Art. 26 Abs. 1 BV gewährleistet bleibt.

Im Übrigen verzichtet das Bundesverwaltungsgericht auf eine Stellungnahme. Wir bitten Sie, bei der Auswertung der Vernehmlassung die Antwort des Bundesverwaltungsgerichts als Enthaltung und nicht als Zustimmung auszuweisen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Die Vorsitzende der Präsidentenkonferenz



Nina Spälti Giannakitsas



Der stellvertretende Generalsekretär



Bernhard Fasel

Kopie an

- Bundesgericht
- Bundesstrafgericht
- Bundespatentgericht

Bundesgericht
Tribunal fédéral
Tribunale federale
Tribunal federal



Der Generalsekretär
CH - 1000 Lausanne 14
Tel. 021 318 91 02
Fax 021 323 37 00
Korrespondenznummer 003.1

An die Vorsteherin des Eidgenössischen
Departements für Justiz und Polizei EJPD
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Bundeshaus West
3003 Bern

per E-Mail an:
rechtsetzung@ipi.ch

Lausanne, 4. Februar 2020/run

Vernehmlassungsverfahren: Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 15. Januar 2020 haben Sie das Bundesgericht eingeladen, im oben erwähnten Vernehmlassungsverfahren Stellung zu nehmen; dafür danken wir Ihnen bestens.

Wir teilen Ihnen mit, dass das Bundesgericht auf eine Vernehmlassung verzichtet.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin, den Ausdruck unserer ausgezeichneten Hochschätzung.

Freundliche Grüsse
Dr. iur. Paul Tschümperlin

Kopie

- Bundesstrafgericht
- Bundesverwaltungsgericht
- Bundespatentgericht



Département fédéral de justice et police

3003 Bern

Par courriel uniquement:

Le 15 mai 2020

Procédure de consultation - Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle

Madame, Monsieur,

Au nom de l'AROPI, nous vous remercions pour la consultation dans l'objet en rubrique.

Nous vous confirmons notre soutien dans le processus engagé et remercions l'Institut fédéral de la propriété intellectuelle pour ses efforts en la matière.

De manière générale l'AROPI soutient le projet de Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle.

Il convient de saluer l'introduction de cette nouvelle procédure tout en maintenant la possibilité de choix avec procédure ordinaire qui existe actuellement, ainsi que la volonté des autorités de mettre davantage de ressources au profit des contrôles suite à l'introduction de la nouvelle procédure.

Nous proposons en outre d'adapter le projet de cette Loi en prenant en compte les arguments exposés ci-dessous.

Sur la procédure simplifiée pour les petits envois

1. Le Projet est très axé sur les besoins de l'Administration fédérale des douanes (AFD), moins sur ceux des titulaires de droits de propriété intellectuelle.

En terme de responsabilité notamment, le projet ne prend pas suffisamment en compte les enjeux d'une telle procédure pour des produits de luxe et haut de gamme.

En effet, en lien avec de tels produits, le risque d'une erreur des douanes peut avoir un impact financier considérable pour le titulaire des droits qui se retrouve seul responsable même si l'importateur ne s'oppose pas à la destruction du bien saisi.

Ce risque est particulièrement important en lien avec certains produits « vintage », qui peuvent atteindre des sommes record dans des ventes aux enchères. Or, ces produits « vintage » sont souvent difficiles à identifier par l'AFD qui, pour d'évidentes raisons, travaille essentiellement sur la base des catalogues actuels des marques.

Il semble donc nécessaire que le déséquilibre au niveau de la responsabilité soit corrigé afin d'exclure expressément toute responsabilité du titulaire de droits (et partant de demande en dommages-intérêts) lorsque l'importateur ne s'oppose pas à la destruction de la marchandise saisie; ce dernier ne doit dans cette situation pas pouvoir se retourner contre la marque.

A défaut, il est fort probable que des marques produisant des produits techniques et haut de gamme se détournent de cette procédure simplifiée. L'AFD pourrait donc ne pas être déchargée autant qu'elle le projette.

2. En ce qui concerne les coûts, l'absence de conséquences financières pour l'importateur qui s'oppose indûment à la destruction est gênante. Il arrive en effet régulièrement que des importateurs s'opposent dans un premier temps à la destruction, puis se ravisent soit spontanément, soit après l'introduction d'une demande en justice. Dans ces situations, il paraîtrait adéquat que les frais soient mis à la charge de l'importateur, dans le but de décourager les « plaideurs téméraires ».

Par ailleurs, la marque doit pouvoir réclamer ses coûts à l'égard des multirécidivistes; ainsi, il arrive fréquemment que la même personne commande, à intervalles plus ou moins réguliers, plusieurs contrefaçons. Une telle situation pourrait être mise en évidence si les rapports trimestriels évoqués dans le Projet mentionnent l'identité des destinataires (voir ci-dessous, point 3.).

3. Il est indispensable que les titulaires de droits reçoivent des informations détaillées sur les cas traités par les douanes, en particulier sur le nombre de contrefaçons saisies et sur l'identité de l'expéditeur et de l'importateur.

Ces informations sont notamment utiles pour identifier les multirécidivistes contre lesquelles une action judiciaire peut s'avérer nécessaire pour faire cesser tout trafic qui dépasse les simples importations capillaires.

Dans ce contexte, il serait aussi important de souligner qu'il paraît fondamental de définir précisément ce qu'il faut entendre par petits envois (poids du colis et nombre de contrefaçons saisies).

Sur la procédure ordinaire

Le Projet ne propose malheureusement pas d'aménagements pour la procédure ordinaire, alors que la pratique a démontré que certains points seraient à clarifier.

Cela concerne en particulier la problématique des délais : il paraît indispensable de prévoir des délais différenciés pour la procédure ordinaire également. En effet, les délais étant actuellement identiques pour l'importateur et le titulaire des droits, si l'importateur s'oppose à la dernière minute, le titulaire des droits ne peut plus introduire les mesures provisionnelles à temps.

A cet, égard nous connaissons le contre-argument invoquant la conformité avec le droit international en particulier les art. 54, 55 et 60 de l'Accord ADPIC. Toutefois, ces dispositions ne s'opposent pas à une interprétation qui permet des délais différenciés. En particulier, ces dispositions n'imposent pas un délai dans lequel l'importateur doit signifier son opposition, de sorte que ce délai pourrait être plus court que les 10, respectivement 20 jours fixés au titulaire pour demander des mesures provisionnelles.

Enfin, la pratique a démontré que les offices de douanes n'appliquent pas tous l'Ordonnance sur les émoluments de la même manière. Il serait approprié d'apporter plus de clarté et de sécurité sur ce point pour le titulaire des droits qui doit porter les coûts de chaque saisie. Pour le surplus, nos commentaires sur la prise en charge des coûts en cas d'opposition infondée de l'importateur (voir ci-dessus point 2.) s'appliquent aussi ici.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire Madame, Monsieur, à nos salutations distinguées.

Guillaume Fournier, Président de l'AROPI

Eric Rojas, Vice-Président de l'AROPI

Associazione
consumatrici e
consumatori della
Svizzera italiana

strada di Pregassona 33
6963 Pregassona
Telefono
091 922 97 55
IBAN
CH41 0900 0000 6900 4470 1
www.acsi.ch
acsi@acsi.ch

Département fédéral de justice et police DFJP
3003 Bern

Par courriel: rechtsetzung@ipi.ch

Consulenze:

Infoconsumi
Casse malati
Pazienti
Contabilità domestica

Lugano, le 28 avril 2020

Procédure de consultation

Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle

Madame la Conseillère fédérale,

Mesdames et Messieurs,



La Borsa
della Spesa

Telefono
091 922 97 55
bds@acsi.ch

L'Associazione consumatrici e consumatori della Svizzera italiana (ACSI) saisit cette opportunité pour prendre position sur la Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle.

Notre association reçoit en effet régulièrement des témoignages sur cette problématique. Il en ressort que la plupart des personnes qui reçoivent une demande de destruction du colis interceptés à la frontière et qui violeraient un droit de propriété intellectuelle, n'ont pas conscience d'acheter une contrefaçon. Une fois informées, ces personnes ne s'opposent pas à la destruction des produits. Malgré cela, des coûts importants sont reportés sur les consommateurs en raison notamment d'une procédure inutilement lourde aux frontières.

En effet, la procédure actuelle implique l'accomplissement de beaucoup de formalités administratives qui s'avèrent à terme inutiles car la majorité des colis sont détruits sans opposition. Pour cette raison, l'adoption d'une procédure simplifiée semble adéquate et proportionnée. Elle permettra de décharger le service des douanes tout en garantissant tant les droits de propriété intellectuelle de ses titulaires à faire détruire les contrefaçons que ceux des consommateurs à s'y opposer.

Par ailleurs, avec l'adoption de cette procédure simplifiée le requérant ne pourra pas reporter les frais encourus sur l'acheteur. Cet aspect important de cette révision est en accord avec la stratégie politique suisse qui veut que le consommateur ne soit pas *criminalisé* pour des infractions bagatelles aux droits de propriété intellectuelle.

En effet, les premières personnes et entités qui doivent être identifiées et punies sont celles qui mettent sur le marché des articles contrefaits. A cet égard, la lutte contre la contrefaçon ne doit se tromper de cible ni ne devenir l'occasion d'engendrer des recettes sur le dos des consommateurs dans des comportements isolés et de peu d'envergure. Le report du dommage

Alleanza
delle organizzazioni
dei consumatori

acsi

frc

KONSUMENTEN
SCHUTZ



sur l'acheteur ne se limite plus à l'indemnisation des seuls frais administratifs, mais s'est transformé en business juteux pour des études d'avocat qui facturent des honoraires élevés, malgré l'absence d'opposition de la part du consommateur.

En outre, il est de nos jours de plus en plus difficiles pour les consommateurs de faire la distinction entre le vrai du faux sur internet et tout particulièrement entre une vraie bonne affaire et une arnaque. Beaucoup de personnes témoignent de leur surprise et de l'incompréhension suite à la saisie aux douanes de leur commande. A ce moment-là, le consommateur est déjà puni deux fois : le colis ne lui sera jamais livré et il ne recevra aucun remboursement du vendeur, souvent inatteignable par ailleurs. Ces conséquences sont suffisantes et dissuasives face à des envois de peu d'envergure.

Nous soutenons qu'un contrôle efficace et rapide doit être le premier objectif de cette révision. A cet égard, un allègement des formalités administratives lors de l'interception de ce type de marchandises libèrera du temps pour les douanes et ces dernières pourront donc augmenter le nombre de contrôles et de destruction et avec ceci, l'effet dissuasif pour les acheteurs de mauvaise foi.

Considérant ce qui précède, l'ACSI soutient le projet de révision dans sa mouture actuelle.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à notre prise de position et restons à votre disposition toute demande complémentaire.

Avec nos meilleures salutations,

Associazione consumatrici e consumatori
della Svizzera italiana

Laura Regazzoni Meli – secrétaire générale

L. Regazzoni Meli

Madame la Conseillère fédérale
Karin Keller-Sutter
Cheffe du Département fédéral de
justice et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Par courrier électronique :
rechtsetzung@jpi.ch

Paudex, le 9 avril 2020
SHR

Consultation fédérale – Loi fédérale sur l'introduction de la procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de propriété intellectuelle

Madame la Conseillère fédérale,

Nous avons pris connaissance de la consultation mentionnée sous rubrique et nous permettons de vous transmettre ci-après notre prise de position.

I. Contexte

La contrefaçon est un vaste fléau qui touche tous les pans de l'économie. Ces dernières années, le phénomène s'est encore aggravé avec l'explosion du commerce en ligne, les faux étant de plus en plus commandés via Internet et livrés aux destinataires sous forme de petits envois. En 2016, c'étaient plus de 41 millions de produits contrefaits qui ont été saisis en Europe, pour une valeur totale de 670 millions d'euros. L'OCDE et l'Office de L'UE pour la propriété intellectuelle (EUIPO) estiment à quelque 509 milliards de dollars américains le commerce mondial de produits contrefaits pour 2019, ce qui équivaut à une part de 3,3% de l'ensemble du commerce international. Les contrefaçons et marchandises pirates représentent jusqu'à 6,8% des importations dans l'UE, soit une valeur de 121 milliards d'euros. Et la Suisse est aussi très touchée, les détenteurs de titres de protection suisses constituant le quatrième groupe le plus touché.

Au nombre des produits contrefaits ou piratés, on trouve des articles de luxe, des produits courants comme des films, chaises et, plus risqué, des cigarettes, médicaments, denrées alimentaires et pièces détachées pour automobiles (airbags souvent défectueux). Le terme de contrefaçon est utilisé de diverses manières, selon le pays et le contexte. En pratique, il s'agit de marchandises sur lesquelles une marque ou une indication de provenance a été illicitement apposée, et celles fabriquées illicitement à partir d'un design déposé. Des études menées notamment par l'OCDE et l'UE montrent que la contrefaçon et la violation des droits de propriété intellectuelle causent des dommages considérables allant de la perte de chiffres d'affaires pour les fabricants d'originaux concernés aux risques pour la santé des consommateurs. Sans oublier que, dans tous les cas, la contrefaçon porte atteinte à l'image du produit contrefait, entraîne une perte de valeur et au final constitue un frein à l'innovation.

Les moyens pour se défendre existent et les entreprises peuvent adopter diverses stratégies proactives, qui se cumulent. En premier lieu, il s'agit de protéger ses produits grâce aux dispositions relatives à la propriété intellectuelle (PI) (dépôt d'une marque, d'un brevet ou d'un design par exemple). Deuxièmement, les entreprises peuvent s'adresser aux douanes pour demander la retenue et la destruction de produits soupçonnés de porter atteinte à

certaines droits de PI. A l'heure actuelle, cette procédure est toutefois fastidieuse, coûteuse et ne correspond souvent pas aux besoins des parties impliquées. Enfin, une stratégie visant à cibler le contentieux peut être établie, en utilisant tant la voie pénale que la voie civile. Si la voie civile permet d'obtenir des dommages et intérêts, la voie pénale ne doit pas être négligée car elle a un effet dissuasif sur les réseaux et montre aussi le soutien au travail effectué par la police et les douanes (ce qui les motive d'autant). L'information aux consommateurs est aussi essentielle.

II. Appréciation générale

Le projet vise à introduire une procédure simplifiée de destruction de petits envois soupçonnés de porter atteinte à des droits de propriété intellectuelle. Par petits envois, on entend les envois comprenant trois objets au maximum, ce qui constitue aujourd'hui 90% des marchandises. La simplification réside dans le fait que l'administration fédérale des douanes (AFD) ne devrait informer le titulaire des droits que dans les cas où la personne qui achète les produits s'oppose à leur destruction. Ainsi, la marchandise est détruite si l'acheteur ne s'oppose pas expressément à la destruction ou s'il ne donne pas son avis dans le délai fixé. L'entreprise titulaire des droits est avertie a posteriori, de façon périodique et groupée, de la quantité et de la nature des produits détruits selon la procédure simplifiée. En réduisant ses charges administratives, l'AFD aura la possibilité de traiter et de détruire davantage de marchandises illégales. Le projet ne modifie en revanche en rien les droits des acheteurs qui conservent la possibilité de s'opposer à la destruction ou d'exiger un contrôle judiciaire.

Nous sommes favorables à ce projet, la destruction des marchandises étant à notre sens l'un des moyens les plus efficaces, couplés aux actions civiles ou pénales, pour lutter contre la contrefaçon et le piratage. C'est en effet le passage à la frontière qui constitue souvent la seule occasion de contrôler un envoi et de le retenir en cas de soupçon d'infraction. Pour le surplus, cette procédure existe aussi en Europe où elle a fait ses preuves.

III. Conclusions

Au vu de ce qui précède, nous sommes favorables à l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction des petits envois, qui préserve les intérêts des entreprises et permettra aussi de réduire le travail de l'AFD. Cette mesure pourrait aussi servir d'avertissement aux consommateurs et se montrer dissuasive pour certains.

* * *

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente prise de position, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre haute considération.

Centre Patronal



Sandrine Hanhardt Redondo



Lettre à l'attention de Mme Karin Keller-Sutter
Conseillère fédérale

V. Réf / Ihr Zeichen / Your Ref :
N. Réf / Unser Zeichen / Our Ref : 202010053

Bienne, le 30 avril 2020

Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle

Madame la Conseillère fédérale,

Nous nous référons à la consultation relative au sujet cité en exergue et nous permettons de vous faire part, ci-après, de nos remarques y relatives.

- *L'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois est saluée par notre Fédération.*
- *Nous retenons notamment la volonté des autorités de mettre davantage de ressources au profit des contrôles suite à l'introduction de la nouvelle procédure.*
- *Il est important que les titulaires de droit puissent faire un choix entre la procédure conventionnelle et la procédure simplifiée en fonction de leurs besoins et de leur stratégie.*
- *Afin de rendre la nouvelle procédure simplifiée la plus efficace et la plus attractive possible pour les titulaires de droit, il convient de leur transmettre un maximum d'informations sur le produit saisi, l'expéditeur et l'importateur des contrefaçons.*
- *Afin qu'un grand nombre de titulaires de droit puissent utiliser la procédure simplifiée, il convient également de réduire les coûts y relatifs au minimum.*
- *Cette révision serait l'occasion de corriger quelques défauts de la procédure conventionnelle, notamment la synchronisation du délai d'opposition accordé à l'importateur et le délai pour introduire des mesures provisionnelles pour les titulaires de droit.*
- *Il convient par ailleurs de corriger le déséquilibre au niveau de la responsabilité juridique entre les titulaires de droit et l'importateur des contrefaçons. Il n'est pas adéquat que les titulaires de droit doivent renoncer à toute demande de dommages-intérêts vis-à-vis de l'importateur de contrefaçons alors que ce dernier dispose de moyens de droit à l'encontre des titulaires de droit.*



1. La Fédération de l'industrie horlogère suisse FH

La Fédération de l'industrie horlogère suisse FH (ci-après FH) est l'association faitière de la branche horlogère suisse et regroupe plus de 450 entreprises membres. Etablie à Bienne, elle possède également des bureaux permanents à Hong Kong, Tokyo et Rio de Janeiro. Elle défend les intérêts de l'horlogerie suisse, tant au niveau national que sur la scène internationale. L'industrie horlogère emploie plus de 57'000 personnes en Suisse et figure parmi les industries les plus importantes du pays. En 2019, elle a exporté de la marchandise d'une valeur de plus de 21,6 milliards de francs suisses.

2. Contrefaçon et la Suisse

Selon la dernière étude de l'OCDE sur les effets économiques négatifs de la contrefaçon (*OCDE, Trends in Trade in Counterfeit and Pirated Goods*), la Suisse est l'un des pays les plus touchés par ce phénomène néfaste. Le dommage causé par la contrefaçon, pour un pays comme la Suisse qui dépend, économiquement parlant, largement de l'innovation de ses entreprises, est considérable et atteint des milliards. L'industrie horlogère, en particulier l'industrie horlogère suisse, arrive régulièrement en tête du classement des industries les plus concernées par la contrefaçon. Celle-ci génère des bénéfices énormes au profit du crime organisé et aux dépens des entreprises et de l'économie suisse. Les répercussions négatives pour notre pays sont ainsi nombreuses et s'étendent concrètement de la perte d'emplois jusqu'à la perte de ressources financières pour les collectivités publiques, étant donné que les contrefacteurs ne paient ni impôts, ni charges sociales.

Malheureusement, les consommateurs suisses s'adonnent également, et pas dans une moindre mesure, à l'achat de contrefaçons. Ces achats ont lieu principalement sur Internet, signifiant que les produits sont ensuite livrés aux acheteurs par envoi postal ou courrier express.

3. Activités de lutte anticontrefaçon de la FH

La lutte contre les contrefaçons est une des tâches principales de la FH. Année après année, elle saisit, en collaboration avec ses partenaires dans le monde entier, plusieurs millions de montres suisses contrefaites. Sa Cellule Internet retire annuellement plus d'un million d'annonces de montres contrefaites sur des plateformes de vente sur Internet et sur les réseaux sociaux. La FH, ainsi que ses membres, investissent par conséquent des moyens importants pour combattre le commerce de produits de contrefaçon, qui porte atteinte aux marques et aux designs protégés des entreprises suisses.

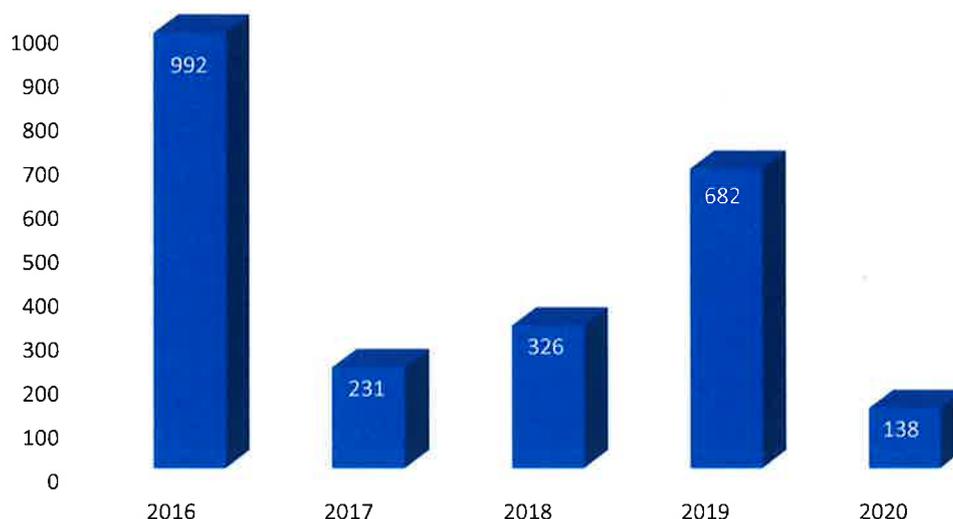
L'activité des autorités, et notamment des douanes, est particulièrement importante dans ce domaine dans la mesure où leurs interventions constituent souvent le seul moyen pour intercepter et séquestrer les produits contrefaits.

4. Intervention de l'AFD en matière de propriété intellectuelle

Depuis le 1^{er} juillet 2008, le droit suisse de la propriété intellectuelle prévoit des moyens pour combattre l'importation à des fins non commerciales de marchandises contrefaites. Depuis lors, la FH dispose d'une demande d'intervention commune couvrant plus de 20 marques horlogères suisses qui font partie de son Groupement anticontrefaçon. Ci-après, vous trouverez une statistique qui montre l'évolution des saisies effectuées pour le compte des marques représentées sous l'égide de la FH :



Nombre de saisies FH 2016-2020



La baisse massive intervenue à partir de 2017 est due à l'implémentation du programme de stabilisation de la Confédération 2017-2019, qui a mené à un recul des interventions de l'AFD en matière de contrefaçon à hauteur d'environ 80%. La FH s'est fortement opposée à cette baisse, rappelant aux autorités suisses que leurs prestations, du simple dépôt de demande d'intervention jusqu'à la transmission de chaque notification et à l'envoi de photos, sont facturées aux titulaires de droit. Il ne faut pas oublier que, comparé à l'ensemble des systèmes de demandes d'intervention à l'étranger, le mécanisme suisse semble être l'un des plus chers de tous. Les titulaires de droit devraient donc pouvoir bénéficier de services à la hauteur du préjudice subi et des frais encourus.

Il est réjouissant d'observer que les saisies progressent à nouveau depuis un certain temps et nous saluons la volonté du Conseil fédéral de vouloir flexibiliser le système d'intervention de l'AFD en matière de propriété intellectuelle via l'introduction d'une nouvelle procédure pour les petits envois. Nous avons bien pris note du fait que l'introduction de la nouvelle procédure simplifiée devrait mener à une réduction des charges administratives pour l'AFD, de sorte qu'elle pourra mettre davantage de ressources au profit des contrôles et ainsi augmenter le nombre d'interventions.

Ci-après, vous trouverez nos remarques détaillées à ce sujet :

4.1. Procédure simplifiée optionnelle

Le Conseil fédéral a pris la bonne décision en laissant le choix entre la procédure simplifiée et la procédure conventionnelle aux titulaires de droit. Ce principe est important dans la mesure où les besoins des entreprises sont très variables. Pour les titulaires de droit qui commercialisent des produits de luxe et qui sont régulièrement touchés par la contrefaçon, la gestion individuelle de chaque cas fait souvent partie d'une stratégie ou d'une politique interne avec pour but de maintenir une pression maximale sur les réseaux criminels et les multirécidivistes. Pour d'autres sociétés, il peut s'avérer pratique de pouvoir saisir des envois occasionnels à des prix moindres. Au vu de la diversité des produits concernés et des stratégies d'interventions multiples des entreprises, il convient effectivement de confier la responsabilité du choix de la procédure la mieux adaptée aux titulaires de droit.



4.2. Problématique des délais

4.2.1 Procédure existante

Suite à la retenue de la marchandise selon l'art. 70 LPM, le titulaire de droit ainsi que l'importateur sont informés le même jour par l'AFD. L'importateur a 10 jours pour s'opposer à la destruction de l'article saisi pendant que le titulaire de droit dispose également d'un délai de 10 jours pour contester l'éventuelle opposition à la destruction par le biais d'une requête en mesures provisionnelles. Le problème de la synchronisation de ces délais subsiste et n'a malheureusement pas été corrigé avec le projet de loi fédérale dans la version proposée. Ainsi, les délais accordés, d'un côté, à l'importateur de l'objet litigieux pour s'opposer à la destruction des produits présumés contrefaits et, de l'autre, aux titulaires de droit pour l'obtention des mesures provisionnelles auprès d'un tribunal, commencent à courir exactement au même moment et sont de durée égale. Cette situation n'est pas satisfaisante pour les titulaires de droit dans la mesure où ils doivent à chaque fois prendre des dispositions et préparer d'éventuelles mesures provisionnelles afin d'éviter que les produits litigieux ne soient libérés suite à une opposition de l'importateur qui peut intervenir le dernier de jour du délai. Il conviendrait de corriger cette lacune dans le cadre de la présente révision et d'adopter un régime similaire à celui qui est proposé pour la nouvelle procédure simplifiée. Une telle mesure n'est pas incompatible avec les art. 54, 55 et 60 de l'Accord sur les ADPIC, ces derniers fixant notamment la durée des délais mais non pas l'ordre chronologique des interventions. En décalant le délai relatif à l'obtention de mesures provisionnelles, les titulaires de droit ne pourraient plus se faire prendre de court et disposeraient du temps suffisant pour préparer une éventuelle action en justice en cas d'opposition à la saisie par l'importateur des contrefaçons, surtout si cette opposition intervient le dernier du jour du délai. Par ailleurs, les titulaires de droit et l'importateur disposeraient d'un temps supplémentaire précieux pour trouver une issue extrajudiciaire à l'affaire. Dans le cadre de la gestion de sa demande d'intervention, la FH a souvent fait l'expérience d'un manque de connaissance des importateurs avec la problématique de la contrefaçon et les dispositions légales y relatives.

4.2.2. Procédure simplifiée

La question des mesures provisionnelles ne se pose qu'en cas d'opposition à la destruction par l'importateur. La solution proposée, qui prévoit notamment des délais différenciés pour agir, est adéquate et décharge le titulaire de droit des travaux préparatoires inutiles en vue d'une éventuelle procédure en justice, si l'importateur des contrefaçons ne fait pas opposition.

4.3. Informations à transmettre au titulaire de droit

Selon l'al. 5 du nouvel art. 72i LPM, respectivement 49a, al. 5 LDes, l'AFD informe trimestriellement le requérant de la quantité et de la nature des objets détruits. Cette information est primordiale pour la FH et pour de nombreux autres titulaires de droit. Afin de dresser une cartographie de la contrefaçon et de remonter la filière jusqu'au producteur de la marchandise (le plus souvent situé en Chine), il est nécessaire de pouvoir disposer d'un certain nombre de données. Ainsi, toute information relative aux marchandises saisies (marque et modèle concerné, nombre de pièces importées, images des produits saisis, etc.) ainsi qu'à l'importateur et l'expéditeur desdites marchandises (coordonnées, adresse) sont d'un grand intérêt pour les titulaires de droit. Ces informations sont fournies dans le cadre de la procédure conventionnelle et nous permettent de prendre contact avec l'importateur pour déterminer par exemple sur quels sites web l'article a été commandé. Ces informations sont ensuite utilisées par



notre Cellule Internet afin de cibler les offres et les plateformes profitant d'une visibilité accrue et de prendre des mesures en amont. Ces informations permettent aussi aux titulaires de droit d'identifier des multirécidivistes contre lesquels une action judiciaire peut s'avérer nécessaire pour faire cesser la vente des contrefaçons sur le territoire suisse.

Afin que la nouvelle procédure simplifiée suscite de l'intérêt pour les titulaires de droit, il est indispensable de pouvoir leur garantir un maximum d'informations sur le produit importé et les circonstances du cas.

4.4. Déséquilibre au niveau de la responsabilité

Dans la version actuelle, le projet de révision ne prend pas suffisamment en compte les enjeux pour des produits horlogers techniques et du haut de gamme. En effet, le risque d'une erreur d'identification par les douanes dans ce secteur peut avoir un impact financier considérable pour le titulaire de droit. Ce risque est particulièrement élevé pour les montres "vintage" qui peuvent atteindre des sommes record dans des ventes aux enchères et qui sont difficiles à identifier pour les douanes. Dans le cadre de la nouvelle procédure simplifiée proposée, si l'importateur ne s'oppose pas expressément à la destruction dans les délais, les produits sont détruits aux frais du requérant, respectivement du titulaire de droit. Toute demande en dommages-intérêts du titulaire de droit vis-à-vis de l'importateur est explicitement exclue.

Avec raison, on pourrait se poser la question de savoir s'il est justifié que le titulaire de droit doive assumer les coûts pour l'importation volontaire par un consommateur suisse d'un article contrefait. Dans le domaine horloger, la grande majorité des consommateurs sont parfaitement au courant de la nature contrefaisante de la marchandise commandée, et la question de la prise en charge des coûts par les importateurs eux-mêmes semble donc pertinente. Les titulaires de droit se sont toutefois habitués à ce principe et ne le mettent plus forcément en doute. Ceci signifie néanmoins que la répartition de la responsabilité juridique doit être équilibrée, ce qui ne semble malheureusement pas être le cas dans le projet de révision. Alors que les requêtes en dommages-intérêts de la part du titulaire de droit vis-à-vis de l'importateur sont légalement exclues dans le cas où ce dernier ne s'oppose pas à la destruction de l'article, l'importateur peut, en tout temps faire valoir des prétentions financières en cas de destruction de l'objet saisi, même s'il n'a pas formé d'opposition. Pourtant, en ne formant pas opposition, il a explicitement ou implicitement, donné son accord à la destruction de l'article importé. Dans une telle situation, l'importateur ne doit pas pouvoir se retourner contre la marque et formuler une demande en dommages-intérêts.

Ce déséquilibre doit donc être corrigé dans le cadre de la présente révision (formulation éventuelle: toute demande en dommages-intérêts du requérant à l'égard du déclarant, du possesseur ou du propriétaire, et inversement, est exclue).

Si ce déséquilibre n'est pas corrigé, il est fort probable que des marques produisant des articles techniques et haut de gamme se détournent de la nouvelle procédure simplifiée.

Par ailleurs, il conviendrait de préciser que le titulaire de droit doit pouvoir réclamer ses coûts liés à la gestion des saisies à l'égard de multirécidivistes. Il arrive malheureusement fréquemment qu'une personne commande, à intervalles réguliers, des contrefaçons en petites quantités. L'importateur ne pouvant aucunement être de bonne foi dans une telle situation, il est justifié de lui imputer ces frais.



4.5. Opposition injustifiée à la destruction de la part de l'importateur

Il arrive régulièrement que des importateurs s'opposent dans un premier temps à la destruction, puis se ravisent soit spontanément, soit après l'introduction d'une demande en justice. Dans une telle situation, il paraît adéquat que les frais de procédure soient mis à la charge de l'importateur, ceci dans le cadre de la procédure simplifiée mais aussi de la procédure ordinaire.

4.6. Définition de la notion de « petits envois »

« La définition d'un petit envoi n'est pas inscrite dans la loi afin de ne pas entraver une adaptation aux évolutions et expériences futures ». Même si ce principe est compréhensible, il faut toutefois relever que l'étendue de cette définition sera importante pour les titulaires de droit et leurs représentants et que certains feront même le choix entre les deux procédures en fonction des critères mis en œuvre. Afin de rendre la procédure plus attractive pour les titulaires de droit, nous conseillerions de se référer à une interprétation stricte, inspirée par celle appliquée dans l'Union européenne.

4.7. Transit de marchandises contrefaites

Le traitement des marchandises contrefaites en transit a posé de nombreux problèmes juridiques dans l'Union européenne par le passé (Arrêts Nokia/Philips, C-446/09 and C-495/09, 2011), notamment pour les marchandises destinées à des pays dans lesquels le droit de PI en question ne bénéficie pas d'une protection. La question a été clarifiée dans le cadre d'une révision du règlement européen sur la marque de l'UE, à la satisfaction des titulaires de droit (art. 9(4) du règlement UE 2017/1001). La formulation dans le droit suisse semble, en citant l'introduction de produits sur le territoire douanier ou leur sortie de celui-ci, permettre la saisie de biens en transit. Nous pensons toutefois que la notion du « transit » pourrait être directement et explicitement introduite dans la définition légale afin d'éliminer toute ambiguïté à ce sujet.

4.8. Frais de la procédure simplifiée

Les coûts liés à l'intervention des douanes en matière de propriété intellectuelle sont réglementés dans l'Ordonnance sur les émoluments de l'Administration fédérale des douanes (RS 631.035). Le texte explicatif relatif à l'introduction de la procédure simplifiée de destruction ne se réfère guère de manière détaillée aux frais. Il est simplement stipulé que les cas de moindre importance sont réglés de manière simple et qu'il en ressort une diminution des coûts pour les titulaires de droit.

Afin que la nouvelle procédure simplifiée soit la plus attractive possible pour les titulaires de droit, il est nécessaire de réduire les coûts au maximum. Pour autant que le destinataire de la marchandise ne s'oppose pas à la destruction de cette dernière, aucun émolument relatif au traitement du cas pour l'AFD ne devrait être dû. Nous partons du principe que ceci concerne également la notification trimestrielle et groupée des saisies effectuées. Etant donné que la charge de travail administratif diminuera auprès de l'AFD, il convient également de songer à une baisse des tarifs pour le dépôt et le renouvellement de la demande d'intervention. Ces taxes sont particulièrement élevées en comparaison avec d'autres pays (gratuité pour le dépôt d'une demande d'intervention de l'UE contre CHF 1'500-3'000 en Suisse).



De manière générale, nous avons aussi remarqué que les offices de douanes n'appliquent pas tous l'Ordonnance sur les émoluments de la même manière. Il serait donc approprié d'apporter plus de clarté et de sécurité sur ce point pour les titulaires de droit qui doivent porter les coûts de chaque saisie.

Nous vous remercions de prendre notre opinion en considération et restons à votre disposition pour tout complément d'information que vous pourriez souhaiter.

Jean-Daniel Pasche
Président

Yves Bugmann
Chef de la division juridique



rechtsetzung@ipi.ch

Département fédéral de Justice et Police
(DFJP)

A l'att. de Madame Karin Keller-Sutter,
Conseillère fédérale

Genève, le 21 avril 2020
3199/FY - FER N°10-2020

Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle

Madame la Conseillère fédérale,

Nous vous remercions de nous avoir consultés concernant l'objet susmentionné, et nous nous permettons de vous transmettre ci-après nos considérations.

Partout dans le monde, les violations de droits de propriété intellectuelle progressent, ce qui cause des dommages importants au monde économique. Avec l'explosion du commerce en ligne, les faux sont malheureusement de plus en plus commandés via Internet et principalement livrés aux destinataires sous forme de petits envois. Comme relevé par le rapport explicatif (p. 4), «les contrefaçons et marchandises pirates représentent jusqu'à 6,8% des importations dans l'UE, soit une valeur de 121 milliards d'euros». Notre Fédération s'oppose ici sur le principe à toute violation de droits de la propriété intellectuelle car cela représente non seulement une perte de chiffre d'affaire pour les fabricants d'originaux concernés, mais aussi un risque pour la santé des consommateurs ainsi qu'un manque à gagner tant au niveau fiscal que pour les cotisations sociales.

Dans ce contexte, le présent projet soumis à consultation a pour objectif de simplifier le traitement des cas de peu de gravité grâce à l'introduction d'une procédure spécifique pour les produits transportés en petits envois. Du point de vue économique, la simplification de la procédure et les gains d'efficacité réalisés donneront davantage de temps à l'AFD pour les contrôles à proprement parler. Allégées de charges administratives, les autorités douanières auront ainsi la possibilité de contrôler et de retenir plus de marchandises soupçonnées de porter atteinte à des droits de propriété intellectuelle. Notre Fédération souscrit à cette simplification de la procédure de destruction des petits envois, d'autant plus que celle-ci diminue le travail des titulaires de droits concernés. En effet, dans la grande majorité des cas, si le déclarant, le possesseur ou le

propriétaire des produits ne s'oppose pas expressément à la destruction des marchandises, les requérants n'ont plus rien à faire.

En conclusion, cette simplification de la procédure de destruction des petits envois pour «des faux» en violation de droits de la propriété intellectuelle est pleinement soutenue par notre Fédération. Cela réduira notamment les frais administratifs de l'AFD et des requérants tout en permettant de meilleurs contrôles par le service des douanes de produits issus majoritairement du commerce en ligne et à forte provenance d'Asie. Cette mesure va pleinement dans le sens de ce qui se fait déjà au sein de l'UE, qui a introduit une procédure facilitée de destruction de marchandises faisant l'objet de petits envois avec le règlement (UE) no. 608/2013 du 12 juin 2013. La modification helvétique s'inscrira donc dans le contexte européen, ce qui est une nécessité à l'heure de l'explosion du commerce en ligne.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à ce courrier et vous prions d'agrèer, Madame la Conseillère fédérale, nos salutations les meilleures.



Blaise Matthey
Secrétaire général



Yannic Forney
Délégué

La Fédération des Entreprises Romandes en bref

Fondée le 30 juillet 1947 à Morat, son siège est à Genève. Elle réunit six associations patronales interprofessionnelles cantonales (GE, FR, NE, JU, VS), représentant la quasi-totalité des cantons romands. La FER comprend plus de 45'000 membres.

Département fédéral de justice et
police DFJP
3003 Bern

Par courriel: rechtsetzung@ipi.ch

Lausanne, le 31 mars 2020

Procédure de consultation

Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle

Madame la Conseillère fédérale,
Mesdames et Messieurs,

La Fédération romande des consommateurs (FRC) saisit cette opportunité pour prendre position sur la Loi fédérale sur l'introduction d'une procédure simplifiée de destruction de petits envois dans le droit de la propriété intellectuelle.

Notre association reçoit en effet régulièrement des témoignages sur cette problématique. Il en ressort que la plupart des personnes qui reçoivent une demande de destruction de colis interceptés à la frontière et qui violeraient un droit de propriété intellectuelle, n'ont pas conscience d'acheter une contrefaçon. Une fois informées, ces personnes ne s'opposent pas à la destruction des produits. Malgré cela, des coûts importants sont reportés sur les consommateurs en raison notamment d'une procédure inutilement lourde aux frontières.

En effet, la procédure actuelle implique l'accomplissement de beaucoup de formalités administratives qui s'avèrent à terme inutiles car la majorité des colis sont détruits sans opposition. Pour cette raison, l'adoption d'une procédure simplifiée semble adéquate et proportionnée. Elle permettra de décharger le service des douanes tout en garantissant tant les droits de propriété intellectuelle de ses titulaires à faire détruire les contrefaçons que ceux des consommateurs à s'y opposer.

Par ailleurs, avec l'adoption de cette procédure simplifiée le requérant ne pourra pas reporter les frais encourus sur l'acheteur. Cet aspect important de cette révision est en accord avec la stratégie politique suisse qui veut que le consommateur ne soit pas *criminalisé* pour des infractions bagatelles aux droits de propriété intellectuelle.

En effet, les premières personnes et entités qui doivent être identifiées et punies sont celles qui mettent sur le marché des articles contrefaits. A cet égard, la lutte contre la contrefaçon ne doit se tromper de cible ni ne devenir l'occasion d'engendrer des recettes sur le dos des consommateurs dans des comportements isolés et de peu d'envergure. Le report du

dommage sur l'acheteur ne se limite plus à l'indemnisation des seuls frais administratifs, mais s'est transformé en business juteux pour des études d'avocat qui facturent des honoraires élevés, malgré l'absence d'opposition de la part du consommateur.

En outre, il est de nos jours de plus en plus difficiles pour les consommateurs de faire la distinction entre le vrai du faux sur internet et tout particulièrement entre une vraie bonne affaire et une arnaque. Beaucoup de personnes témoignent de leur surprise et de l'incompréhension suite à la saisie aux douanes de leur commande. A ce moment-là, le consommateur est déjà puni deux fois : le colis ne lui sera jamais livré et il ne recevra aucun remboursement du vendeur, souvent inatteignable par ailleurs. Ces conséquences sont suffisantes et dissuasives face à des envois de peu d'envergure.

Nous soutenons qu'un contrôle efficace et rapide doit être le premier objectif de cette révision. A cet égard, un allègement des formalités administratives lors de l'interception de ce type de marchandises libèrera du temps pour les douanes et ces dernières pourront donc augmenter le nombre de contrôles et de destruction et avec ceci, l'effet dissuasif pour les acheteurs de mauvaise foi.

Considérant ce qui précède, la Fédération romande des consommateurs soutient le projet de révision dans sa mouture actuelle.

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à notre prise de position et restons à votre disposition toute demande complémentaire.

Avec nos meilleures salutations,


Sophie Michaud Gigon
Secrétaire générale


Marine Stücklin
Responsable Droit et Politique

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum
Stauffacherstrasse 65/59G
3014 Bern

per E-Mail an rechtsetzung@ipi.ch

Basel, 26. März 2020 pho

Stellungnahme zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter

sehr geehrter Herr Herren, sehr geehrte Frau Wenger

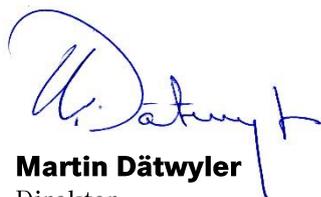
sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, uns in rubrizierter Angelegenheit äussern zu können.

In der Anlage finden Sie unsere Stellungnahme. Für die Kenntnisnahme danken wir Ihnen und bitten Sie, unsere Überlegungen für die weiteren Arbeiten zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

Handelskammer beider Basel Handelskammer beider Basel



Martin Dätwyler
Direktor



Deborah Strub
Abteilungsleiterin Cluster und Initiativen
Mitglied der Geschäftsleitung

Beilage: Stellungnahme

Martin Dätwyler
Direktor

T +41 61 270 60 81
F +41 61 270 60 05

m.daetwyler@hkbb.ch

Handelskammer beider Basel

St. Jakobs-Strasse 25
Postfach
CH-4010 Basel

T +41 61 270 60 60
F +41 61 270 60 05

www.hkbb.ch

Stellungnahme

Basel, 23. März 2020 pho/dst

zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Die Handelskammer beider Basel begrüsst die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht, die einhergehenden Effizienzgewinne sowohl für die Rechteinhaber als auch für die EZV und unterstützt die Vorlage vollumfänglich.

Ausgangslage

Die Verletzung insbesondere von Patenten, Marken, Designs und Urheberrechten verursacht erhebliche Schäden. Gewinneinbussen und Ausfälle bei Steuern und Sozialabgaben bis hin zu Gesundheitsrisiken gehören zu den Folgen der Verletzung von Immaterialgüterrechten.

Zentrale Rolle bei der Bekämpfung von Produktpiraterie kommt den Zollbehörden zu. Bisher ist das Verfahren zur Handhabung rechtsverletzender Waren bei Kleinsendungen sehr aufwändig. Die Kleinsendungen machen 90% der Aufgriffe durch die EZV aus, weshalb ein aufwendiges Verfahren hier nicht angemessen ist. Der Aufwand der EZV, der Aufwand der Inhaber von Rechten des geistigen Eigentums bei Kleinsendungen, sowie der Aufwand für die Aufgriffszahlen von Fälschungen stehen in keinem angemessenen Verhältnis.

Vorlage

Die Handelskammer beider Basel erachtet die Vorlage als geeignetes und verhältnismässiges Instrument für den Abbau von (administrativen) Aufwendungen. Dass die Mitteilung der EZV an den Antragsteller nur noch dann erfolgen muss, wenn feststeht, dass sich der Besteller der Ware einer Vernichtung widersetzt, sorgt bei Rechteinhabern und Behörden gleichermaßen für Effizienzsteigerungen und Aufwandminderungen. Die Rechtstellung der Besteller hingegen bleibt unangetastet. Die Möglichkeit der gerichtlichen Überprüfung bleibt unverändert.

Handelskammer beider Basel

St. Jakobs-Strasse 25
Postfach
CH-4010 Basel

T +41 61 270 60 60
F +41 61 270 60 05

www.hkbb.ch



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Per Mail an:
rechtsetzung@ipi.ch

Bern, 01.05.2020
02.02 sro

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht:

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) wurde eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassung Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen dafür bestens.

Der Vorstand KKJPD hat in seiner Sitzung vom 6. März 2020 beschlossen, auf eine Stellungnahme im Namen der KKJPD zu verzichten und es den einzelnen Kantonen zu überlassen, sich zur Vorlage zu äussern.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse



Roger Schneeberger
Generalsekretär

Per E-Mail

rechtsetzung@ipi.ch

Datum 28. April 2020
Ihre Nachricht
Unser Zeichen 2020.01.0060
Kontaktperson Christine Heiniger-Glur
E-Mail christine.heiniger@post.ch
Direktwahl +41 79 248 81 27

Vernehmlassung eines Bundesgesetzes über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht: Stellungnahme

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Rahmen der laufenden Vernehmlassung zum referenzierten Vorentwurf für ein neues Bundesgesetz nehmen wir nachstehend gerne Stellung zur Vorlage.

1. Stossrichtung

Die Post hat Kenntnis genommen von der Vorlage und insbesondere von den damit verbundenen Effizienzgewinne für die eidgenössischen Zollbehörden und den damit einhergehenden verstärkten Schutz von Immaterialgüterrechten, indem eine grössere Menge gefälschter Güter bei der Einfuhr in die Schweiz identifiziert, überprüft und vernichtet werden kann. Die Einführung eines vereinfachten Verfahrens für die Überprüfung von sogenannten Kleinsendungen macht Sinn und erachten wir als zielführend, indem die Aufwände und damit die Kosten sowohl bei den Zollbehörden als auch bei den Schutzrechtsinhabern reduziert werden.

2. Kosten bei den Spediteuren/innen und bei der Post

2.1 Kein Rückgriff auf Verursacher/in durch Antragsteller/in

Wie in den Erläuterungen beschrieben, haben sich die importierten Kleinsendungen aus dem asiatischen Raum in den vergangenen Jahren vervielfacht. Die überwiegende Mehrzahl dieser Sendungen wird im Postkanal befördert, weshalb die Post in der Pflicht ist, die Zollanmeldung für jede einzelne Sendung vorzunehmen. Bei dieser Sachlage muss aus unserer Sicht unbedingt sichergestellt sein, dass bei den Spediteurfirmen / Anmelderinnen – und damit auch bei der Post – aufgrund des neuen Verfahrens **keine zusätzlichen Aufwände oder Kosten** anfallen. Das Importverzollungsgeschäft von Briefen mit Wareninhalten ist defizitär und es ist zu verhindern, dass die Ertragslage sich weiter verschlechtert.

Gemäss E-Art. 77i Abs. 4 Satz 2 URG soll es explizit ausgeschlossen sein, dass die Antragstellerin resp. der Antragsteller die ihr erwachsenen Kosten im Sinne von Schadenersatzansprüchen beim Verursacher geltend macht. Als Verursacher gelten die Anmelderin und der Anmelder – mithin der Spediteur oder die Post –, die Besitzerin und der Besitzer oder die Eigentümerin und der Eigentümer der Ware. Auch auf Seite 15 des Erläuterungsberichtes wird ausgeführt, dass die auf Kosten des Antragstellers vernichtete Ware durch diesen getragen werden müssen und nicht als Schadenersatz beim Anmelder, Besitzer oder Eigentümer geltend gemacht werden dürfen.

Aufgrund dieser Regelung in der Vorlage und den zugehörigen Ausführungen im Erläuterungsbericht gehen wir davon aus, dass das neue vereinfachte Verfahren für die Post als Zollanmelderin **kostenneutral ausgestaltet** ist.

2.2 Kein Rückgriff auf Verursacher/in durch Zollbehörden

Gemäss E-Art. 77i Abs. 4 Satz 1 URG vernichten die Zollbehörden auf Kosten des Antragstellers oder der Antragstellerin. Bei dieser Formulierung gehen wir davon aus, dass eine Vernichtung auf Kosten der Spediteurin oder der Post a priori ausgeschlossen ist.

3. Definition von Kleinsendungen

In E-Art. 71 Abs. 1bis URG wird das vereinfachte Verfahren zur Vernichtung von Waren in Kleinsendungen geregelt. Die Umschreibung dessen, was als Kleinsendung gilt, wird an den Bundesrat delegiert. In den Erläuterungen wird auf Seite 13 dargestellt, wie die Europäische Union (EU) den Begriff Kleinsendung definiert, nämlich als Post- oder Kuriersendung, die höchstens drei Einheiten enthält und leichter als zwei Kilogramm wiegt. Neben den Vorgaben der EU¹ gibt es in diesem Zusammenhang aber weitere internationale Vorgaben. So sind insbesondere die Bestimmungen des multilateralen **Staatsvertrages** der „**Union postale universelle**“ (UPU) mit zu berücksichtigen. Wir verweisen Sie auf die Definitionen von „*envois de la poste aux lettres*“, „*colis postal*“ und „*envois EMS*“, die alle Waren und bewegliche Sachen enthalten können, wobei keine Einschränkung auf drei Einheiten vorgesehen ist (vgl. Art. 1 Manuel de la Convention; im Folgenden „Manuel“). Wir sind der Auffassung, dass das neue vereinfachte Verfahren auch auf diese Sendungen anwendbar sein muss, **unbe-
sehen der Anzahl Einheiten**, die diese Postsendungen enthalten.

Die Gewichtslimite von zwei Kilogramm korrespondiert mit den UPU-Vorgaben (vgl. Art. 17 Abs. 1 bis 3 Manuel).

4. Weitere Hinweise zum UPU-Vertragswerk

Gemäss Art. 5 Abs. 1 Manuel ist es grundsätzlich zulässig, dass internationale Postsendungen beschlagnahmt werden, wenn die nationale Gesetzgebung des Empfängerlandes dies so vorsieht. Bei Fälschungen und Nachahmungen von immaterialgüterrechtlich geschützten Waren handelt es sich auch nach Art. 19 Abs. 2.1.3 Manuel um Inhalte, die nicht im Postkanal befördert werden dürfen. Je nachdem, an welchem Ort – Absender-, Transit- oder Empfängerland – solche Inhalte festgestellt werden, sind sie entsprechend den vor Ort geltenden nationalen Regeln zu behandeln (vgl. Art. 19-201 Abs. 1 Manuel).

Für das Beschlagnahmeverfahren ist Folgendes geregelt (vgl. Art. 19-204 Abs. 1 Manuel): Wird eine Postsendung im **Empfängerland** von Amtes wegen beschlagnahmt, muss die nationale Postgesellschaft ein „*bulletin de vérification CP 78*“ ausfüllen und der Postgesellschaft des Absenderlandes zuhänden des Absenders übermitteln. Dieser Mechanismus ist somit mit Aufwand und Kosten verbunden. Davon ausgehend, dass aufgrund des vereinfachten Verfahrens die Menge der solchermassen zurückgehaltenen Sendungen zunehmen wird, werden die mit der Vernichtung solcher Waren verbundenen Kosten bei der Post steigen und zwar nicht nur für die systembedingten Informationsmassnahmen, sondern auch für den zusätzlich benötigten Lager- und Stauraum, in dem die Sendungen bis zur Vernichtung aufbewahrt werden müssen.

Antrag

E-Art. 77i Abs. 4 URG ist wie folgt zu ergänzen: „... oder Eigentümerin ist ausgeschlossen. **Der Antragsteller oder die Antragstellerin hält die Anmelderin oder den Anmelder für Kosten schadlos, die aus der Erfüllung von staatsvertraglich vorgesehenen Pflichten resultieren.**“

Konkret heisst dies, dass die/der Anmelder/in der Antragstellerin für die ihr durch das vereinfachte Verfahren erwachsenen Kosten eine Rechnung zugehen lässt. Idealerweise wird dazu in einer Vollziehungsverordnung eine detaillierte Regelung ergänzt, die diese Rechnungstellung vorsieht.

¹ Vgl. Verordnung (EU) Nr. 608/2013, Artikel 2 Ziffer 19

Datum 28. April 2020

Seite 3

Auch mit den UPU-**Haftungs**regelungen sollte das vereinfachte Vorgehen konform sein (vgl. Art. 23 Abs. 2.4 Manuel). Unsere Kurzanalyse des geplanten Gesetzgebungsvorhabens mit den Vorgaben des UPU-Regelwerkes ergibt grundsätzlich keine Inkonsistenzen. Da die Verantwortung für die Vereinbarkeit von gesetzgeberischen Vorhaben mit vorbestehendem Recht und insbesondere auch mit Verpflichtungen der Schweiz aus internationalen Abkommen in der Verantwortung des federführenden Bundesamtes resp. eidgenössischen Departementes liegt, ersuchen wir Sie höflich um entsprechende Überprüfung. Da sich in den Unterlagen, wie sie in die Vernehmlassung geschickt wurden, keine Hinweise auf das Regelwerk der UPU finden, müssen wir davon ausgehen, dass eine solche Überprüfung bisher nicht stattgefunden hat.

*** * ***

Wir bitten Sie höflich um Berücksichtigung der Anliegen der Post und sind bei Erläuterungsbedarf gerne für Sie da.

Freundliche Grüsse

Post CH AG
Corporate Center



Hannah Sutter
Stv. Leiterin Regulatory Affairs



Christine Heiniger-Glur
Rechtsanwältin, LL.M.

Eidgenössisches Departement der Justiz EJPD
Generalsekretariat
Bundeshaus West
3003 Bern

scienceindustries
Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences

Nordstrasse 15 · Postfach · 8021 Zürich
info@scienceindustries.ch
T +41 44 368 17 11
F +41 44 368 17 70

Zürich, 30. April 2020

Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Sehr geehrte Damen und Herren

scienceindustries ist der Schweizer Wirtschaftsverband Chemie Pharma Life Sciences. Sie vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen von weit über 200 in der Schweiz tätigen Unternehmen aus genannten und verwandten Branchen. Mit Blick auf die grosse Bedeutung des Immaterialgüterrechts für unsere Industrien ist es uns ein Anliegen, im Rahmen der Vernehmlassung zur erwähnten Vorlage Stellung zu nehmen. Über unsere Ausführungen hinaus unterstützen wir ausdrücklich die Stellungnahme von economiesuisse.

scienceindustries begrüsst die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinstsendungen im Immaterialgüterrecht. Das Inverkehrbringen von Fälschungen führt nebst dem wirtschaftlichen Schaden für unsere Industrien vor allem zu einer erhöhten Gesundheitsgefährdung von Patientinnen und Patienten. Die Einführung des vorgeschlagenen vereinfachten Verfahrens erachten wir als geeignet, um diese Gefahren zu minimieren und den Administrativaufwand sowohl auf Seiten der Rechtsinhaber als auch der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) zu senken, womit der EZV mehr Ressourcen für die effektive Kontrolltätigkeit zur Verfügung stehen. Zudem entspricht die Vereinfachung dem praktischen Bedürfnis der Rechtsinhaber.

Wichtig erscheint uns jedoch, zusätzliche Überlegungen zum Informationsgehalt der nachträglichen Benachrichtigung an Rechtsinhaber im Gesetz abzubilden. Bis anhin mussten Besteller sowie Rechtsinhaber vorgängig von der EZV hinsichtlich einer Zerstörung informiert werden. Innerhalb des vorgesehenen vereinfachten Verfahrens wird der Rechtsinhaber nur noch periodisch und nachträglich über eine Zerstörung informiert (sofern sich der Besteller der Zerstörung vorgängig nicht widersetzt hat), was wir begrüssen. In dieser nachträglichen Benachrichtigung des Rechtsinhabers ist eine Information über die Anzahl und Beschaffenheit der Ware vorgesehen, was u.E. jedoch nicht genügt. Hilfreich und daher wünschenswert wären auch Informationen über Absender, Empfänger, involvierte Länder, Markenname im Falle von Markeninhabern, Hersteller, Lieferanten und sämtliche weiteren Informationen, welche für den Rechtsinhaber zweckdienlich sein können.

Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse



Dr. Stephan Mumenthaler
Direktor



Reto Müller
Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Von: [Herren, Juerg](#)
An: [Rechtsetzung](#)
Betreff: WG: BG Verfahren Vernichtung Kleinsendungen
Datum: Mittwoch, 5. Februar 2020 09:33:05
Anlagen: [image001.png](#)

Von: Gubinelli Oriana <o.gubinelli@konsumentenschutz.ch>

Gesendet: Mittwoch, 5. Februar 2020 09:32

An: Herren, Juerg <Juerg.Herren@ipi.ch>

Betreff: BG Verfahren Vernichtung Kleinsendungen

Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Guten Tag

Besten Dank für Ihre Einladung zur Stellungnahme betreffend oben genannte Anhörung.

Leider hat die Stiftung für Konsumentenschutz momentan keine Kapazitäten, um eine Stellungnahme zu schreiben.

Für Ihr Verständnis danken wir bestens!

Freundliche Grüsse

Oriana Gubinelli
Beratung und Administration

Freitag abwesend

Stiftung für Konsumentenschutz
Monbijoustrasse 61, Postfach
3001 Bern
Tel. +41 31 370 24 24
o.gubinelli@konsumentenschutz.ch
www.konsumentenschutz.ch

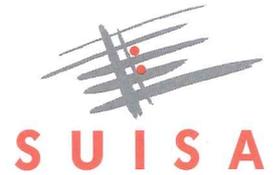


Stärken Sie den Konsumentenschutz:

[Jetzt Gönner werden!](#)

Eidgen. Institut für Geistiges Eigentum
Abt. Recht & Internationales
Staufferstrasse 65/59g
3003 Bern

Institut für Geistiges Eigentum			
E 28. APR. 2020			
Reg. Nr.			
z. Erl.	z. Vst.	z. K.	Bern.



DOK 000 028 418

Zürich, 27. April 2020
Wb/540

VERNEHMLASSUNG

Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die obenerwähnte Vernehmlassungsvorlage und erlauben uns, dazu wie folgt Stellung zu nehmen:

Die SUIISA unterstützt die vorgeschlagenen Gesetzesänderungen ohne Einschränkungen.

Mit freundlichen Grüssen

SUIISA


Andreas Wegelin
CEO


Bernhard Wittweiler
Abteilungsleiter Rechtsdienst

Genossenschaft der Urheber und Verleger von Musik
Coopérative des auteurs et éditeurs de musique
Cooperativa degli autori ed editori di musica

SUIISA Bellariastrasse 82, Postfach 782, CH-8038 Zürich, Tel +41 44 485 66 66, Fax +41 44 482 43 33
www.suisa.ch, suisa@suisa.ch, MwSt.-Nr: CHE-105.838.471 MWST

27. April 2020

Institut für geistiges Eigentum
Stauffacherstrasse 65/59g
3003 Bern

rechtsetzung@ipi.ch

Bern, 30. April 2020

Stellungnahme zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Swiss Retail ist der Verband der mittelständischen Detailhandelsunternehmen (stationär und online) in der Schweiz. Unter unseren Mitgliedern sind Warenhäuser, Fachmärkte und Fachgeschäfte, Verbraucher- und Abholmärkte, selbstständige Detaillisten, Food-Fachhändler und Kioske.

Mit dem Schreiben vom 15. Januar 2020 lädt das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD ein, sich zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht zu äussern. Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Gerne nehmen wir zur Vorlage, wie folgt Stellung: Die Swiss Retail Federation begrüsst die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht.

Aus Sicht der Swiss Retail Federation gibt es mit Blick auf den vorliegenden Entwurf zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht, keinen Grund von den geplanten Änderungen abzuweichen. Aufgrund des Wachstums des Onlinehandels gelangen zunehmend Fälschungen, also von Waren, die ein Originalprodukt nachahmen und dadurch Rechte des geistigen Eigentums verletzen, in kleinen Sendungen zu ihren Empfängern in der Schweiz und das Passieren der Grenze ist oft die einzige Gelegenheit, eine Sendung zu überprüfen und sie bei Verdacht auf einen Rechtsverstoss zurückzubehalten.

Die Swiss Retail Federation erachtet es jedoch als zielführend, im Zuge der Vereinfachung im Verfahren zur Vernichtung von Kleinsendungen, **zusätzlich auch Waren in Kleinsendungen, die mit den in der Schweiz geltenden Sicherheitsbestimmungen nicht konform gehen (PrSG und entsprechende Spezialerlasse) miteinzuschliessen**. Dies ist nach dem Verständnis der Swiss Retail Federation im Bundesgesetz über die Vereinfachung des Verfahrens zur Vernichtung von

Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht nicht explizit geregelt.

Die geplanten Änderungen über die Vereinfachung des Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht bietet jedoch die Möglichkeit, den Schweizer Markt noch weiter vor potentiell gesundheits- und sicherheitsgefährdenden Produkten zu schützen und in einem vereinfachten Verfahren zu vernichten. So kann im Sinne des Zweckes und Geltungsbereichs des PrSG die Sicherheit der Produkte gewährleistet werden und der freie Warenverkehr weiter erleichtert werden.

Wir danken Ihnen für Ihre Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Position.

Freundliche Grüsse



Dagmar T. Jenni
Geschäftsführerin



Adrian Sutter
Fachbereich Wirtschaftspolitik & Projekte

Swiss Retail Federation ist der Verband der mittelständischen Detailhandelsunternehmen (stationär und online) in der Schweiz. Unsere Mitglieder repräsentieren insgesamt rund 42'000 Arbeitsplätze in der Schweiz und weisen einen jährlichen Umsatz von insgesamt 18 Mia. Franken auf.

Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter
Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
CH-3003 Bern

Bern, 22. April 2020

Vernehmlassungsantwort über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen zur Einladung zur Stellungnahme betreffend Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht.

Der VSV ASVAD vertritt 330 Onlinehändler mit Aktivitäten in der Schweiz. Unsere Mitglieder generieren jährlich annähernd 50 % des Paketvolumens der Schweizerischen Post und der Verband deckt mit seinen Mitgliedern rund 70 % des B2C-Onlinehandelsumsatzes in der Schweiz ab. Der VSV engagiert sich seit Jahren für die Beseitigung von Ungleichbehandlungen gegenüber aus dem Ausland operierender Onlinehändler. Entsprechend ordnen wir diesen Gesetzesentwurf ein und **begrüssen den vorliegenden Gesetzesentwurf ausdrücklich.**

Der vorliegende Bericht zeigt die Notwendigkeit einer Gesetzesanpassung transparent und verständlich auf, insbesondere die Aussicht auf mehr Stichproben dank reduzierter administrativer Auflagen bei der EZV begrüßen wir sehr. Das neue Bundesgesetz nimmt damit neue Entwicklungen der Digitalisierung und des stark wachsenden Onlinehandels auf und adressiert die notwendigen Massnahmen.

Wir erlauben uns einzig folgende Anmerkung zum Gesetz:

Artikel 76 Abs 1bis – Antrag auf Hilfeleistung – Definition Kleinsendung (Bericht Seite 13)

Wir empfehlen die Definition von «Kleinsendung» nicht an den BR zu delegieren, sondern an die UPU Verträge (Weltpostverein) zu koppeln. Mit einer solchen Koppelung werden allfällige Veränderungen in den Standards des internationalen Kleinwarenversands mitübernommen und benötigen keine Vorlage bzw. Anpassung durch den Bundesrat.

Für Ihr Engagement in dieser Angelegenheit danken wir Ihnen im Voraus bestens.

Freundliche Grüsse

VSV ASVAD Verband des Schweizerischen Versandhandels



Patrick Kessler

Vorstand

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

rechtsetzung@ipi.ch

Zürich, 30. April 2020

Vernehmlassung: Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Verband Schweizerischer Patent- und Markenanwälte (VSP) dankt für die Gelegenheit sich zum Bundesgesetz über die Einführung eines vereinfachten Verfahrens zur Vernichtung von Kleinsendungen im Immaterialgüterrecht zu äussern.

Der VSP ist der Auffassung, dass mit der Einführung eines vereinfachten Verfahrens für die Vernichtung von Waren in Kleinsendungen die definierten Ziele erreicht werden und dass hierdurch ein effizientes Mittel in der Bekämpfung von Fälschungen geschaffen wird. Der VSP befürwortet demnach die Vorlage.

Mit freundlichen Grüssen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'H. Frischknecht', with a long, sweeping horizontal stroke extending to the right.

Harry Frischknecht
Präsident VSP